

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Posen
ausser in der Expedition
bei Krupski (G. J. Mrici & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedrichstr.-Ecke 4;
in Glogau bei Herrn F. Streifand;
in Frankfurt a. M.:
G. L. Harbe & Co.

Posener Zeitung.

Fünfundsechzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Rudolph Hoff;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel:
Hanssen & Vogler;
in Berlin:
A. Klemmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Rahm.

Nr. 598.

Freitag, 20. Dezember

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder
deren Raum, dreigesaltene Anzeigen 5 Sgr., find
an die Expedition zu richten und werden für die an
denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10
Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Einladung zum Abonnement.

Beim Ablauf des Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Leser für dieses Blatt 1 Thlr. 15 Sgr., auswärtige aber 1 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. als vierteljährliche Pränumeration zu zahlen haben, wofür diese mit Ausnahme des Sonntags täglich zweimal erscheinende Zeitung durch alle Postämter des deutschen Reiches zu beziehen ist.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen Publicums werden außer der Zeitungs-Expedition, auch die Herren Kaufleute

Jacob Appel, Wilhelmstraße Nr. 9.	M. Kantorowicz, Schuhmacherstraße 1.	J. N. Peitgeber, Gr. Gerberstraße Nr. 16.	M. C. Hoffmann, Alten Markt u. Neuestr.-Ecke.
A. Classen verm. E. Malade, Lindenstr.-Ecke 19.	Victor Giernat, Markt Nr. 46.	G. Michaelis, Kl. Gerberstr. Nr. 11.	F. Fromm, Friedrichstr. 36/37 vis à vis der Post.
M. Gräber, Berliner- und Mühlenstraßen-Ecke.	Krug & Fabricius, Breslauerstraße Nr. 11.	H. Berne, Wallischei Nr. 93.	Wittne C. Brecht, Bronkerstr. Nr. 13.
H. Knapler, Ecke der Schützenstraße.	Adolph Pag, Gr. Ritterstr. Nr. 10.	Jacob Schlesinger, Wallischei Nr. 73.	Robert Seidel, St. Martin Nr. 23.
E. M. Wald, Bäckermeister, St. Adalbert 3.	D. Krupski, Breitestr. Nr. 14.	M. Ciszewski, Schützenstr. 23.	Ed. Fickert jun., Berliner- u. Mühlenstr.-Ecke 18b.

Pränumerationen auf unsere Zeitung pro I. Quartal 1873 annehmen, und wie wir, die Zeitung Vormittag 11½ Uhr, am Nachmittage um 4½ Uhr ausgeben.
Posen, im December 1872.

Die Expedition der Posener Zeitung.

Die Ministerkrisis.

2 Berlin, 19. December. Sie werden sich durch das Labyrinth widersprechender Nachrichten in Anbetracht unserer Ministerkrisis noch am ehesten zurechtfinden, wenn sie als eigentliche Zielpunkte des Bismarck'schen Vorgehens zwei Dinge scharf im Auge behalten: 1) die Entfernung des Ministers Eulenburg, 2) die Gewinnung einer Persönlichkeit, welche im preussischen Staatsministerium die Rolle spielt, welche Delbrück in der Reichsverwaltung wahrnimmt. Beide Punkte stehen im innigsten Zusammenhange. Bismarck will im preussischen Staatsministerium bleiben, wie dies ja auch nicht anders sein kann. Er will nur über die anderen Minister eine Persönlichkeit setzen, die ihm unbedingt ergeben ist, und auf die er sich in Fällen der Abwesenheit für seine Politik unbedingt verlassen kann. Ob diese Persönlichkeit den Titel Präsident oder Vizepräsident des Staatsministeriums führt, ist vollständig gleichgültig. Auch in England ist ja der Vorsitzende im Geheimenrath nicht der eigentliche Premierminister. Auf welchem Stuhl Bismarck im preussischen Ministerrath sitzt, ist ebenso gleichgültig, wie die Uniform, welche er trägt. Thatsächlich wird im preussischen Ministerrath der Reichskanzler oder der Instruktor des Reichskanzlers (falls einmal die Stellungen getrennt werden sollten) der wahre Premierminister sein. Daß Eulenburg nun sich nicht zum Vize-Bismarck, zum preussischen Delbrück qualifiziert, bedarf nicht erst des näheren Nachweises. Selbst wenn Eulenburg die dazu erforderliche Arbeitskraft und Arbeitslust besäße, würde er sich in dieser Weise doch Bismarck nicht unterordnen, ganz abgesehen von den stattgehabten persönlichen Reibungen, welche diese ganze Krisis herbeigeführt haben. Ebenjowenig aber kann Eulenburg nach der ganzen Stellung, welche er bisher eingenommen, sich einem solchen Vize-Bismarck oder preussischen Delbrück unterordnen. Eulenburg muß daher in jedem Falle aus dem Ministerium heraus, wenn Bismarck's Plan gelingen soll.

Wer aber soll der preussische Delbrück werden? Darüber bestehen zwei Versionen. Nach der einen Version soll Camphausen dazu bestimmt sein. Camphausen ist allerdings eine Delbrück überaus verwandte Persönlichkeit. Beide sind die innigsten Freunde und Gesinnungsgenossen. An Ergebenheit gegen Bismarck läßt es Camphausen auch nicht fehlen. Sein Departement bringt ihn ohnedies in Beziehungen zu den anderen Ressorts. Politische Gewandtheit in dem Maße, wie Delbrück sie besitzt, läßt sich Camphausen freilich nicht nachsagen. Im Gegentheil stößt er bald nach dieser, bald nach jener Seite hin, ganz ohne Noth an. — Immerhin kann Camphausen als Kandidat der Optimisten bezeichnet werden. Auf der anderen Seite steht die Kandidatur von Bismarck's Jugendfreund, des konservativen Reichstagsabgeordneten Moritz von Blandenburg, weiland mit Wagener Führer der äußersten Rechten des preussischen Abgeordnetenhauses. Blandenburg hat in der letzten Zeit im engsten persönlichen Verkehr mit Bismarck gestanden. Blandenburg hat niemals ein Staatsamt bekleidet und sich zur Zeit, als der Regierungserreferendar von Bismarck sich auf seine Güter zurückzog, als Kammergerichtspräsident ebenfalls zurückgezogen. Freilich wäre die Ernennung Blandenburg's eine gründliche Zerstörung aller Träume über Bismarck's Liberalismus.

Zur Zeit ist noch nichts entschieden, Alles noch „Chaos“, wie heute eine eingeweihte Persönlichkeit es bezeichnete. Der König ist nicht leicht dazu zu bringen, einen bestimmten Entschluß in solchen Dingen zu fassen. Er möchte am liebsten die altgewohnten Gesichter einschließlich des Selchow'schen bis an das Lebensende um sich behalten. Man wollte heute sogar wissen, der erste Sturm von Bismarck gegen Eulenburg sei im Kabinet abgeschlagen. Man sagte die Bezeichnung Noon's als des interimistischen Ministerpräsidenten sogar als eine vorläufige Rückschritts- etappe Bismarck's auf. Noon, so hieß es, soll als Kriegsgesandter seinen Abschied nehmen, dagegen als Präsident Mitglied des Staatsministeriums bleiben. Anderswo würde man die Ablösung des halb-invaliden Fürsten Bismarck durch den ganzinvaliden Grafen Noon geradezu als „verkehrte Welt“ bezeichnen. Hier wird dies nur als ein allerdings etwas wunderlicher Schachzug Bismarck's contra Eulenburg aufgefaßt. Lediglich als Schachzug gegen Eulenburg bezeichnen es Bismarck's Freunde auch, daß Bismarck sich gegen die Entlassung Selchow's ausgesprochen. So lange Eulenburg da ist, sagt man, liegt es in Bismarck's Interesse, auch Eulenburg's Gegner im Minister-rathe festzuhalten. — Erbaulich und ruhmvoll ist dieses ganze Coullissen-spiel wahrhaftig nicht! Indes scheint es sobald noch nicht zu Ende kommen zu wollen. Nach Neujahr wollen auch die Nationalliberalen durch Interpellationen die Sache klar stellen.

Auch die nationalliberale Korrespondenz beschäftigt sich mit der Ministerkrisis und nachdem sie den (gestern von uns mitgetheilten) Auslassungen der „Prov.-Corr.“ über die Entlassung des Fürsten Bismarck zugestimmt, fährt sie fort:

Wie dies in einem von der Regierung inspirierten Blatte anders nicht wohl angeht, wird über die sonst noch schwebenden Verhandlungen

wegen Neubildung des Ministeriums Stillschweigen beobachtet; man darf daraus den Schluß ziehen, daß die Ministerkrisis, die mit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck von seiner Stellung als preussischer Ministerpräsident ja nicht ihre Lösung findet, sich wohl eine längere Zeit, als anfänglich angenommen wurde, hinziehen werde. Die persönliche Entlassung des Fürsten Bismarck wird demselben von Herzen zu gönnen sein; würde aber weiter Nichts geschehen, so würde der bisher so sehr vermischte einseitige Charakter des preussischen Staatsministeriums damit am allerwenigsten hergestellt werden, daß der leitende Staatsmann sich von der, so zu sagen, ressortmäßigen Pflicht, den Gang der inneren Staatsangelegenheiten zu kontrollieren, entbinden läßt und sich in sein besonderes Ressort, das der auswärtigen Angelegenheiten, zurückzieht, um von dort aus, je nachdem er dazu besonderen Anlaß erhält, in die inneren preuß. Angelegenheiten einzugreifen. Der bisherige unheilvolle Zustand würde dadurch nur noch verschlimmert werden können; indessen ist es vielleicht „nach Lage der Verhältnisse“ zu einer gründlichen Lösung der Krisis notwendig, daß dieselbe zuvor noch eine weitere Verschärfung erfährt.

Die letzte Nummer der „Prov.-Corresp.“ bringt unter der Ueberschrift „Gute Zubericht!“ einen Leitartikel, worin sie die Konser-vativen über die schrecklichen Folgen der Kreisordnung zu beruhigen sucht. Das offiziöse Blatt schreibt:

Was Preußen im Laufe des letzten Jahrhunderts vor nachhaltigen revolutionären Bewegungen bewahrt hat, das war eben die Weisheit und Vorsorge seiner Fürsten und Staatsmänner, welche unser Vaterland auf dem Wege unserer Reformen die politischen und sozialen Verbesserungen gewinnen ließen, die andere Völker auf dem Wege der Revolution blutig errangen, um sie bald wieder einzubüßen.

Jener überlieferten preussischen Reformpolitik entsprach auch das jetzt durchgeführte Werk unserer Regierung. Diefelbe war tief davon durchdrungen, daß sie gerade durch die rechtzeitige Fortentwicklung der alten Einrichtungen und durch Anknüpfung neuer lebensvoller Gestaltungen an dieselben am sichersten künftigen revolutionären und zerstörenden Bewegungen vorbeuge. Nicht als ein Zugeständnis der Regierung an den Radikalismus ist das neue Reformgesetz aufzufassen; daselbe ist vielmehr in seinem Wesen und in seinen wichtigsten Grundzügen lediglich die Erfüllung dessen, was die Regierung selbst im Geiste einer besonnenen Reformpolitik seit Jahren angestrebt und offen angekündigt hatte.

Die Befürchtungen, welche die streng-konservative Partei an das neue Gesetz in Bezug auf die Gestaltung der ländlichen Verhältnisse knüpft, werden sich hoffentlich in naher Zeit als unbegründet oder übertrieben erweisen.

Sicherlich aber würde die Kraft des preussischen Königthums und die Festigkeit unserer politischen Gesamtzustände unter allen Umständen sich auch darin bewähren, etwaige Gefahren der angebahnten Entwicklung überwinden zu lassen. Hieran zu zweifeln, ist ein Kleinmuth, der in der Geschichte unseres Vaterlandes keine Rechtfertigung findet.

Während aber die Medien im Herrenhause auf die Gefahren einer revolutionären Entwicklung ernst warnend hinweisen zu müssen glauben, hat das Blatt, welches die Grundzüge einer christlich-konservativen Politik vorzugsweise zu vertreten meint (die „Neue Preuss. Zeitung“), sich nicht gescheut, seinen Parteigenossen für die künftigen Wahlen eine Politik anurathen, durch welche der kommunistischen Partei, d. h. derjenigen revolutionären Partei, deren Streben nicht nur auf völlige Vernichtung des heutigen Staats, sondern auf Vernichtung aller sozialen Zustände gerichtet ist, wenigstens mittelbar eine Stärkung zu Theil werden würde.

Die Zeitung spricht die Ansicht aus, daß eine Stärkung der kommunistischen Partei, zumal im Reichstage, wohl möglich und „behufs Klärung der Dinge“ so unbedenklich sei, daß den Konservativen dringend zu rathen sein würde, unter keinen Umständen mit dem Liberalismus gegen den Kommunismus in Verbindung zu treten.

Es kann nicht fehlen, daß schon durch die Ankündigung eines solchen Verhältnisses, wenn dasselbe in der konservativen Partei Billigung finden könnte, die radikalste aller Parteien eine Ermutigung nicht bloß für die Wahlen, sondern für ihre gesammten Bestrebungen finden würde.

Man darf jedoch zur konservativen Partei in ihrer Gesamtheit, trotz augenblicklicher Verstimmungen, das feste Vertrauen hegen, daß sie jenem frivolen Rathe nicht folgen werde. Es steht dem Menschen nicht zu, „das Böse zu thun, damit das Gute komme“ — denn die Folgen zu sichern, liegt nicht in des Menschen Gewalt, welcher den Wegen Gottes nicht vorgreifen kann; — wohl aber wird Jeder Rechenschaft ablegen über das, was er nach eigenem Wissen und Gewissen gethan oder unterlassen hat.

Die konservative Partei wird sich ihr gutes Gewissen wahren wollen. Deshalb wird sie gewiß nach kurzem Bestimmen auch auf dem Boden der neu angebahnten Entwicklung redlich und treu mit der Regierung zusammenwirken, damit unter Gottes Segen auch aus den neuen Verhältnissen reichlich Gutes erwachse.

Deutschland.

△ Berlin, 19. December. In den Besprechungen der Reorganisation, welche in Bezug auf unsere höchste Regierungs-Sphäre vorbereitet wird, findet man mit auffallender Geflissenheit den Namen des Grafen Eulenburg in einer Weise genannt, als ob dieser im Gegensatz zu den Wünschen und Bestrebungen des Fürsten Bismarck eine Sonderpolitik betriebe. Es muß diesen Mittheilungen und Andeutungen gegenüber konstatiert werden, daß in den Regierungskreisen auch nicht das Mindeste bekannt ist, worauf sich eine solche Darstellung begründen ließe. Was die Stellung des Grafen Eulenburg zu der

Reorganisationsfrage betrifft, so hat derselbe, wie ich aus bester Quelle weiß, sich vom ersten Augenblick an mit voller Offenheit und nach allen Seiten dahin ausgesprochen, daß er keinen anderen Wunsch habe, als daß den Fürsten die Herbeiführung eines Verhältnisses erleichtert werde, vermöge dessen derselbe in den Stand gesetzt sei, die Durchführung seiner großen Aufgaben nicht bloß für Deutschland, sondern auch für Preußen ohne die bisherige übermäßige Belastung und ohne Gefahr für seine Gesundheit möglich zu machen. Alle diejenigen Mittheilungen, welche dem Grafen Eulenburg eine entgegen-gesetzte Rolle zuschreiben, entsprechen nicht dem lokalen Charakter des Ministers, vor Allem aber nicht der unbedingten Verehrung, welche er zu allen Zeiten für die Person des leitenden Staatsmannes bewiesen hat. Nach anderer Richtung hin wird das Gerücht verbreitet, daß der Graf Eulenburg Aussicht habe, den Vorsitz im Staatsministerium einzunehmen. Dies Gerücht kann jedenfalls nicht aus Kreisen stammen, welche dem Minister nahe stehen. Es kann wohl keinem unparteiischen Beobachter der Presse entgangen sein, daß Graf Eulenburg seine Beziehungen zur Presse niemals zu persönlichen Zwecken benutzt hat. — Was den Stand der Reorganisations-situation betrifft, so ist noch keine Aenderung in der bisherigen Situation bemerkt worden. Entgegengesetzte Gerüchte dürften zur Zeit noch der thatsächlichen Begründung entbehren. Jedoch wird, wie ich höre, heute Abend eine vertrauliche Berathung des Staatsministeriums stattfinden, und es gilt für wahrscheinlich, daß diese wichtige Frage, welche zur Entscheidung drängt, auch auf der Tagesordnung der heutigen Konferenz stehen werde. — Die schon längst angekündigte Ernennung des Geheimen Regierungsraths von Böttcher zum Landdrosten von Hannover ist jetzt erfolgt.

— Der Aufenthalt des Kronprinzen in Wiesbaden wird nach der Mont.-Ztg. bis zum 15. Februar dauern, da ihm die Aerte die größtmögliche Ruhe empfohlen haben.

— Die „Volks-Ztg.“ erscheint vom nächsten Jahre ab in vergrößertem Format. Die Redaktion des vom Januar an erscheinenden Postarchivs ist von der Generalpostdirektion dem Dr. Kayser übertragen worden.

— Die „Volkszeitung“ bringt die Mittheilung von der glücklichen Wiederherstellung ihres Mitarbeiters, des Herrn A. Bernstein.

— Im konservativen Volksblatt lesen wir: „Aus den nordöstlichen Provinzen werden die Klagen über die immer unerträglicher werdende Lage der Landwirtschaft von Tag zu Tag dringender. Die Arbeiter wandern aus oder ziehen nach den großen Städten, die Güter gehen deshalb im Ertrage zurück, und es steht die völlige Verödung zahlreicher Orte und Landschaften zu befürchten. Das einzige Mittel, dem Uebel abzuwehren, dürfte in Maßregeln zu finden sein, welche zahlreichen kleinen Leuten und Tagelöhnern den Erwerb eines eigenen Grundbesitzes ermöglichen. Diese müßten aber ins Werk gesetzt werden, ehe es zu spät ist.“ — In liberalen Blättern hätten die Herren das schon früher lesen können. Jetzt wird es für Manden wirklich schon „zu spät“ sein.

— Der Verein der Lehrer höherer Lehranstalten hielt am Montag Abend unter Vorsitz des Dr. Pappenheim im Bürgerhause des Rathhauses seine erste Generalversammlung ab.

Herr Dr. Pappenheim eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache, in welcher er unter Hinweis auf die heutige Lage der Schule das subjektive und objektive Bedürfnis zu einem derartigen Verein klarlegte und als bedeutungsvolles Zeichen hervorhob, daß diesem Verein seit seiner Gründung am 14. September bereits 204 Mitglieder aus 19 Lehranstalten beigetreten sind. Die Anträge, welche der Vorstand der Versammlung unterbreitete, schloßen für die höheren Lehranstalten folgende Aenderungen vor: 1) Zusammenlegung des Unterrichts in eine, abgesehen von kürzeren Zwischenpausen, ununterbrochene Zeitfolge; 2) Reduktion der Unterrichtsstunden für alle Klassen auf täglich fünf inkl. der technischen Lehrstunden (Singen, Zeichnen) und excl. des Turnunterrichts; 3) Reduktion der häuslichen pflichtmäßigen Arbeitszeit auf durchschnittlich 2—3 Stunden täglich; 4) Anfang des Unterrichts nicht vor 8 Uhr Morgens. Der Referent Dr. Köthig begründete die einzelnen Punkte dieses Antrages mit dem Hinweis darauf, daß für die Schüler aller Lehranstalten eine gute körperliche Entwicklung ebenso wichtig sei, wie die geistige, daß die jetzigen Einrichtungen fast aller hiesigen höheren Lehranstalten und ihre Ansprüche die schädlichen Einflüsse der Lebensbedingungen Berlins auf die körperliche und geistige Entwicklung der Schüler unterstüßten und es daher hohe Zeit sei, entsprechende Aenderungen in den Anprüchen und Einrichtungen der höheren Lehranstalten zu treffen. Dabin gehöre vor allen Dingen die Freilegung einer zusammenhängenden freien Zeit, welche der Pflege der körperlichen Entwicklung gewidmet werden kann. Eine Zusammenlegung des Unterrichts, habe eine Reduzierung der Unterrichtszeit zur logischen Voraussetzung und die dritte Forderung sei nötig, um die sanitären Erscheinungen, welche man ganz öffentlich der Schule zur Last legt, möglichst zu beseitigen. — An das Referat knüpfte sich eine lange Diskussion, welche mit der Annahme der Resolution endigte. Die weiteren Schritte nach dieser Richtung hin wurden der betr. Kommission überlassen. Zu erwähnen ist noch, daß bei dem Wilhelmsgymnasium und der Viktoriaschule eine Zusammenlegung des Unterrichts bereits stattgefunden hat.

Breslau, 18. December. Dr. B. v. Florencourt scheidet am 1. Januar l. J. aus der Redaktion der „Schles. Volkszeitung“. Mit Bezug auf die von ihm mit vielem Geschick veranstalteten Sammlungen

lungen zur Deckung eines Defizits, an welchem das genannte Blatt laborierte, äußerte sich Herr von Florencourt in der heutigen Nummer der „Schles. Volks-Z.“ wie folgt:

Die Schlesier haben gesehen, wie sie sich in vereinter Kraft selber aus allen Nöthen helfen können. Wir sind nicht weiter dabei nöthig. Es kommt Alles darauf an — und unsere Leser wollen diese wenigen Worte als unser „Testament und letzten Willen“ ansehen — daß Alle stets die Sache im Auge behalten und von diesen oder jenen Persönlichkeiten absehen. Wäre das in den vergangenen Jahren immer festgehalten worden, so stände es mit der katholischen Sache in Schlesien, und insbesondere mit der katholischen Presse daselbst weit besser. Möge man allerseits in Zukunft die rechte Lehre gezogen haben.

Ueber den Redaktionswechsel berichten die schles. Blätter Folgendes: Nachdem ein Konflikt zwischen Dr. von Florencourt und dem Komitee zur Kündigung des erleren und zur Annahme der Kündigung von Seiten des Komitee's geführt, hat letzteres, die Chefredaktion dem Herrn Dr. Franz angetragen, welcher aber seinerseits refutirt hat. Es hat sich nun Herr Dr. med. Rosenthal, der frühere Armen-Arzt zur Leitung der „Schles. Volksztg.“ selbst angeboten, welches Anerbieten auch das Komitee angenommen hat.

Aus Kurhessen, 17. Dezember. Als Gegendemonstration auf die einzelnen Anhängern des Kurfürsten von Hessen wegen des Wilhelmshöher Festessens zu Theil gewordene „Rektifikation“ will man jetzt dem früheren Landesvater ein silbernes, fein gearbeitetes Schreibzeug als Weihnachtsgeschenk übermitteln. Das Geschenk, welches 400 Thlr. kostet, ist bereits mit einem die treue Anhänglichkeit der Geber betonenden Begleitschreiben postfrei an den Kurfürsten abgesandt worden. — Das bischöfliche General-Vikariat zu Fulda hat dem Bischof-Klerus verboten, homöopathische Heilmittel zu verschreiben. Viele Landpfarrer sollen nämlich dieses lukrative Nebengeschäft betrieben haben.

Altn, 16. Dezember. Der noch hier im elterlichen Hause weilende Jesuitenpater Schmitz de Brée hat soeben vom Polizeipräsidenten folgende Verfügung erhalten:

An den Briefter Peter Arnold Schmitz de Brée Hochwürden hier. Die königl. Regierung hier selbst hat die Ihnen laut meiner Verfügung vom 9. c. bewilligte vierwöchentliche Frist zur Fortsetzung Ihres hiesigen Aufenthaltes nunmehr auf 8 Tage herabgesetzt, weil Sie dem Ihnen am 23. August c. bekannt gemachten Verbote entgegen, fortzuefahren haben, in verschiedenen hiesigen Kirchen Messe zu lesen, dies namentlich noch zu Anfang vorigen Monats für die Schüler des Kaiser-Wilhelms-Gymnasiums in der Glendkirche hieselbst gethan haben. Sie wollen mir daher binnen acht Tagen, von heute ab gerechnet, schriftlich erklären, an welchem Orte Sie, falls Sie im Gebiete des deutschen Reiches zu bleiben gedenken, Ihren Aufenthalt nehmen wollen, und zwar bei Vermeidung des in meiner Verfügung vom 25. v. Mts. gestellten Präjudizes. Der königliche Polizei-Präsident Daevens.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 16. Dezbr. Nachdem am Spinnabend der gedruckte Kommissionsbericht der Mobilisation der Verfassung unter den Deputirten vertheilt worden, ist man heute in die Beratung über die Verfassung eingetreten.

Schon jetzt läßt sich einigermaßen das Schicksal der dieselbe anhabenden Grundzüge übersehen, und unsere hervorragenden Diplomaten werden sich schwerlich verrechnen haben, wenn sie behaupten, daß die Vorlagen vom Landtage werden verworfen werden. Wie scharf die liberale Partei den Feudalen und ihrem Werke zu Leibe zu gehen gedenkt, läßt sich am besten aus folgender Protokollerklärung, gegeben am 14. von 20 Bürgermeistern, erkennen: „Wir sprechen bedauernd, aber mit Festigkeit unsere Ueberzeugung dahin aus, daß die in der Allerhöchsten Proposition enthaltenen Grundzüge den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht entsprechen und folgendermaßen in ihrer Verwirklichung das Wohl des Landes zu fördern nicht geeignet sind.“ Es haben sich Spaltungen vollzogen und zwar da, wo man von Anfang an gewohnt war, in engstem Anschlusse aneinander gleich zu denken und gleich zu handeln. Von den Landständen haben sich sofort nach jener berühmten Sitzung vom 10. (vergl. Nr. 586 d. Ztg.) neun Bürgermeister, unter denen manche 1848 und noch später für die konstitutionelle Monarchie mit demokratischer Grundlage schwärmten, von ihren früheren Gesinnungsgenossen losgesagt und sich im Widerspruch mit ihren vertretenen Kreisen für Akzeptation der Feudalverfassung erklärt und auf der anderen Seite wiederum sind etwa vierzig Ritter ihren feudalen Anschauungen treu geworden, und werden gegen die Regierungsvorlage stimmen.

Wie es übrigens im mecklenburgischen Landtage zugeht, schildert mit Bezug auf die letzten Sitzungen ein Korrespondent der „Weser-Ztg.“ folgendermaßen:

„Nicht Beschüsse, sondern „Szenen“ hat der Landtag zu Malchin geboten. Es ist zu verwundern, daß von Berlin noch kein Vergnügungsausgang unternommen wurde, um das getreue Abbild eines polnischen Reichstages in natura zu besehen. Selbst etwas mitzuführen, hätte den Gästen freigestanden. Da steht im Saale ein Tisch, daran sitzt das „Direktorium“, einige Landräthe, einige Landmarschälle, der Protokollredirektor u. c., auf die etwa übrigen Stühle kann sich setzen, wer will, auch Besucher; im Saale tummelt sich beliebig, ohne Sitze, die Schaar der Landtagsmitglieder, Mitter und Bürgermeister, meist wenig zahlreich, plaudernd, hörend, sprechend, unter Umständen auch rufend, einer und mehrere durch einander; an den Wänden läuft eine Divanreihe, wer müde ist, mag da sitzen. Eine Geschäftsordnung besteht ganz platterdings nicht, wer einem das Reden verbieten will, thut das auf eigene Gefahr. Zwar ist einer „dirigender Landrath“, die neue Streichische Erzählung v. Nieben, aber er hat nichts zu sagen, thut er es, will er Ruhe gebieten, so trägt er eine Haut zu Markte, und Niemand braucht zu folgen. Es ist üblich, zum Ruhestuhlen mit dem Marschallstab auf den Boden zu stampfen, aber jedes Landtagsmitglied hat das Recht, nicht darauf zu achten. Wer eine Meinung geltend machen will und ist klein und hat kein Stentor-Organ, der wird von seinen Gegnern, wenns wichtig genug ist, umdrängt, dann kann er sprechen, ja schreien, Niemand hört ihn. Wer einen Antrag einbringen, oder seine Meinung nachträglich zum ewigen Gedenken gebucht haben will, der kann seinen Willen aufschreiben, dann kommt es als „Liktamen“ zu Protokoll und wird verlesen. Ist genug durch einander gesprochen, so erklärt wohl Kammerherr v. Derjen-Kotlow, der Protokollredirektor, er habe die Meinung des Landtages zu formuliren versucht und läßt einen ihm gut scheinenden Satz verlesen; wird nicht dagegen gerufen, so hat er den Landtagsbeschluss gefunden, wird erhehlich dagegen gerufen, so geht das Durcheinandersprechen fort, bis der Herr Kammerherr wieder probirt und probirt, bis es endlich gelingt, oft nur, weil die Gegner müde sind. So beschließt der Landtag ohne Abstimmung. Es kann auch jedes Mitglied Abstimmung fordern, dann wird erst beschossen, ob Abstimmung stattfinden solle oder nicht. Auch Beratung als Stand (sitio in partes) kann gehalten werden. Halten Sie das Red für eine Satire? Es ist der richtige Landtag zu Malchin.

Strasburg, 15. Dez. Die protestantische Kirche des Elsasses darf sich einer neuen sehr wichtigen Errungenschaft freuen. Wie man der „D. Allg. Z.“ aus dem Reichslande mittheilt, hat der Kaiser dem von dem Oberkonsistorium vorgeschlagenen neuen Modus für die Pfarrwahlen, wonach den Gemeinden ein Vorschlags- und Ablehnungsrecht unter den Bewerbern zusteht, vor einiger Zeit genehmigt. Bisher wurden die Geistlichen nur von dem Direktorium ernannt, was zu zahllosen Klagen sowohl seitens der Gemeinden, als der Geistlichen führte. Durch diesen Wahlmodus sind die Geistlichen des orthodoxen oder lutherischen Bekenntnisses (es giebt deren noch 28), die sich durch ihr herrschsüchtiges und zelotisches Wesen die gründliche Abneigung des Volkes zugezogen haben, so gut wie aufs Aussterben gesetzt, denn es giebt in der ganzen Provinz nicht zwei Gemeinden, die freiwillig einen lutherischen Pfarrer wählen werden. — Die Sammlungen für die Sturmbeschädigten der Diöcese haben, das muß man den Reichsländern zum Lobe nachrühmen, jetzt

schon ein sehr erfreuliches Ergebnis geliefert. Auch die Oppositionsblätter fordern zur Hilfeleistung auf. Sehr rührend ist es, wie der in Metz erscheinende „Le Moniteur de la Moselle“ sich vor seinen Lesern rechtfertigen zu müssen glaubt, daß auch er seine Spalten für den Hilfsruß geöffnet. Er weist nämlich darauf hin, daß ja auch die von Deutschland im Jahre 1866 annektirten Dänen sich unter den Unglücklichen und Hilfsbedürftigen befinden.

Diedenhofen, 12. Dezember. Zur Charakteristik der Zustände in Elsaß-Lothringen erhält die „Volks-Ztg.“ nachfolgenden Bericht:

Man sollte glauben, daß die so entschiedene Verurtheilung der Schulschwärtern als Lehrerinnen an öffentlichen Schulen seitens des preussischen Kultusministers im laut zuschimmenden Abgeordnetenhaus auch Einfluß bei der Regierung von Elsaß-Lothringen erlangt hätte. Aber man scheint im Reichslande die scharfe und gründliche Belehrung sich nicht als Richtschnur dienen zu lassen. Zu dem bereits früher gemeldeten ist jetzt wieder der Fall vorgekommen, daß eine Schulschwärter, Maria Bilomene, in Almsch als Lehrerin der Volksschule vom Regierungspräsidenten Grafen Eulenburg ernannt worden ist. Man brauchte ja die im Schulausschusse stehenden Brüder und Schwestern nicht abzulehnen. Es hätte dies, das wissen wir sehr wohl, den verläumderten Wählern der Ultramontanen nur neue Nahrung und neue Empfänglichkeit bereitet. Aber ein Anderes ist es, solche Leute auf den Aussterbecat zu setzen, und nicht noch fortwährend neue mit geistlichen Gelübden behaftete und staatsfeindlichen Dörnern zu unbedingtem Gehorsam verpflichtete Menschen neu anzustellen. Man möge nicht einwenden, daß etwa 250 Volksschullehrer in den Reichslanden seien und daß die Schulschwärtern billiger und dadurch auch den Gemeinden lieber sind. Beides ist leider wahr. Aber umfomehr war die Regierung verpflichtet, alle Mittel anzuwenden und selbst bedeutende pekuniäre Opfer zu bringen, um den Krebschaden nach und nach gänzlich zu vertilgen. In neuerer Zeit haben einige Schulbrüder und Schulschwärtern für tüchtige Leistungen auf dem Gebiete des Volksunterrichts 50–150 Franken Gratifikation erhalten; aber eine Schwalbe macht keinen Sommer. Im Allgemeinen stehen ihre Leistungen unter der Mittelmäßigkeit und darum muß jede Neuansstellung aufs Tiefste beklagt werden.

Oesterreich.

Wien, 16. Dezember. Die Haltung und Stimmung Serbiens scheint der Pforte seit einiger Zeit Besorgnisse einzufügen, die sie dem Vernehmen nach, alsbald den Mächten gegenüber eingehend zu formuliren und zu begründen sich ansetzt. Sie wird dabei von der Thatsache ausgehen, daß an die Stelle einer panslawistischen Agitation, der sie wegen ihrer absoluten Aussichtslosigkeit von jeher nur geringes Gewicht beigelegt, neuerseits eine panserbische Tendenz getreten sei, — eine Tendenz, welche um den in Serbien gegebenen Kern die flammverwandten Elemente, zunächst in der Türkei, vor allen Dingen Bulgarien, Bosnien, der Herzegowina und Montenegro, zu sammeln und zu einer politischen und militärischen Einheit zusammenzufassen sich bestrebe, also konsequent in erster Reihe gegen die Integrität des osmanischen Reiches sich richte, und in letzter Instanz nothwendig an die Gewalt der Waffen appelliren müsse. Die „Pforte“ will nicht behaupten, daß diese Tendenz eine ernste und eine unmittelbare Gefahr in sich schließe, weder für sich selbst, noch für den allgemeinen Frieden; sie glaubt aber, daß es angezeit erscheine, schon die Anfänge einer solchen Gefahr fest ins Auge zu fassen und der serbischen Regierung, die sie übrigens weit entfernt sei für alles direkt verantwortlich erklären zu wollen, was in Serbien und von Serbien aus in der bezeichneten Richtung geschehen, in wohlmeinender, aber nachdrücklicher Weise die Verantwortlichkeit klar zu machen, die sie durch ein Gewährentlassen, oder gar durch eine Begünstigung der betreffenden Bestrebungen auf sich lade.

Wien, 17. Dezember. An die Polen ist die Frage über ihre Haltung gegenüber der Wahlreform nunmehr in offener Form herangerückt. Wie man der wiener „Presse“ berichtet, brachte Baron Laffer den gestern Mittags zu einer Besprechung eingeladenen Polenführern Zbyslawicz, Grocholski und Graf Bodzicki die Grundzüge der Wahlreform in der publizirten Fassung offiziell zur Kenntniß, mit dem Ersuchen, die polnischen Deputirten mögen im Abgeordnetenhaus mitwirken an dem Zustandekommen der beiden Entwürfe. Diese Eröffnung wurde von den Polen sofort mit einer Verwahrung gegen die Ausdehnung der direkten Wahlen auf Galizien erwidert und schließlich von denselben erklärt, sie würden die Mittheilungen des Ministeriums dem Klub der polnischen Deputirten zur weiteren Entschlieung übermitteln. Der Polenklub trat noch gestern Abends zur Beratung der Angelegenheit zusammen, gelangte jedoch zu keinem Ergebnisse, weshalb er heute Abends neuerlich verhandeln will. So weit der augenblickliche Stand der Frage. Es ist wohl vorauszusetzen, daß unter den polnischen Deputirten der Vorschlag auftreten wird, im Falle der Ausdehnung der direkten Wahlen auf Galizien entweder sofort die Reichsrathsmandate niederzulegen oder das Abgeordnetenhaus zu verlassen. Sollte ein solcher Vorschlag durchbringen, so wird die Regierung ihre Gegenmaßnahme zu treffen wissen. Vor Allem sei darauf hingewiesen, daß das Abgeordnetenhaus vollauf beschlußfähig ist, wenn auch die Polen den striktemachenben Tirolern, Slowenen und sonstigen klerikalen Föderalisten nachfolgen.

Frankreich.

Paris, 16. Dezember. Wie vorher bestimmt, erschien Thiers heute um 1/2 Uhr in der Sitzung des Dreifigerausschusses, und zwar an der Seite des Justizministers Dufaure. Herr Thiers ergriff sofort das Wort.

Die Regierung, sagte er, hat den lebhaftesten Wunsch, sich mit der Kommission zu verständigen. Ich muß zu diesem Zwecke zunächst den Gedanken präzisiren, welcher der Votschaft zu Grunde gelegen hat. Gegen das Ende der letzten Session ereigneten sich die mannigfachen Zwischenfälle, welche die Nothwendigkeit klar machten, der gegenwärtigen Regierung lebensfähige Organe zu geben. Von allen Seiten wurden wir gefragt: „Was werden Sie vorschlagen?“ Ich antwortete: „Die Initiative gehört ausschließlich der Nationalversammlung. Wenn man uns jedoch fragt, so werden wir natürlich nicht mit verächtlichen Armen dastehen.“ Es wurden alsdann verschiedene Vorschläge gemacht, und in derselben Zeit entstand die Votschaft. Wir wußten sehr wohl, was wir wollten, aber wir wollten der Lösung nicht vorgreifen; wir fragten die Versammlung einfach, ob sie nicht an die Zukunft denken wolle, nicht an die ewige, aber wenigstens an eine mehrjährige Zukunft. Wir wollten die Frage: ob Monarchie oder Republik? nicht entscheiden; ich glaube einfach sagen zu müssen: „Verlieren wir nicht die Zeit mit Proklamirung der Republik, sondern beschränken wir uns darauf, sie lebensfähig, solide, dauerhaft zu machen.“ In der That, es wäre eine Impertinenz, wollte die gegenwärtige Nationalversammlung eine Staatsform für alle Ewigkeit gründen. Wir unterseits haben lediglich die Absicht gehabt, die Aufmerksamkeit der Nationalversammlung auf das zu lenken, was gegenwärtig gethan werden kann, gethan werden muß. Von diesem Standpunkte aus halte ich die Organisation zweier Kammern für unerlässlich. Eine einzige Kammer kann der Regierung kein friedliches Leben sichern; in der Errichtung einer zweiten Kammer erblicke ich das Heil für die Zukunft. Ich frage einen jeden verständigen Mann: kann man einer einzigen Kammer eine von derselben delegirte Exekutivgewalt gegenüberstellen? Allerdings hat die Konstitution Rivet eine ebenso lange

dauernde Gewalt übertragen wie die der Nationalversammlung; aber es widerstrebt meiner Würde, sie anzurufen. Ich bin nur ein erster Minister und meine Kollegen denken wie ich, daß, wenn Zwiespalt zwischen uns und der Versammlung ausbricht, wir uns zurückziehen müssen. Eine derartige außerordentliche Situation darf aber nicht mehr verlängert werden. Es ist eine baare Unmöglichkeit, nichts zu thun. Besonders wenn man die Zukunft fürchtet, wird man sich entschließen müssen, jetzt zu handeln. Ich sage also, die Votschaft hat den Bedürfnissen der Situation, den Wünschen der öffentlichen Meinung entsprochen. Ich suche nicht, mich zu rechtfertigen; ich bin mit meinem Gewissen in Frieden, ja ich habe die Ueberzeugung, eine große Pflicht erfüllt zu haben; das genügt mir.

Nun wohlan, als ich fragte: „Ist etwas zu thun?“ antwortete man mir: „Ja wohl, man muß die Minister verantwortlich gemacht organisiren.“ Ich erlaube mir zu bemerken: das war nicht ernst gemeint. Die Ministerverantwortlichkeit ist thatsächlich vorhanden. Soll also mit der bloßen Ordnung derselben den Erfordernissen der Zukunft genügt werden? Unmöglich. Ich habe mir immer wieder sagen müssen: diese Forderung ist nicht ernst gemeint. Man erwiederte mir: „Wenn Sie die Nationalversammlung besuchen, so setzen Sie sich der Gefahr aus, unangenehme Dinge zu hören.“ Nun, meine Ohren sind seit 40 Jahren an dergleichen gewöhnt. Würden Sie mir das Auftreten in der Kammer vollständig verbieten, so würden Sie dadurch die Kräfte keineswegs verbändern, sondern vielmehr provoziren. Redner erinnert an sein Eingreifen in die Debatte über das Militärgesetz und über die neuen Steuern.“ Ich bin Ihr erster Minister, Sie können mir also nicht sagen: „Gehen Sie, schweigen Sie!“ — oder: Sie sollen ab und zu einmal kommen.“

Indes, ich wünsche so sehr die Verständigung, daß ich, wenn man ein Mittel findet, dies mir unbegriffliche Bedürfnis gewisser Gemüther zu befriedigen, wenn man einen modus vivendi findet, bereit bin, ihn zu prüfen. Wir ein suspensives Veto für drei Monate gewähren, ist ungenügend; eine Sache, die in meinen Augen schlecht ist, wird mir nach drei Monaten nicht als eine gute erscheinen. Ebenso undurchführbar ist, daß die Regierung in der Nationalversammlung einfach ihre Erklärungen abgeben soll, ohne in die Diskussion einzugreifen.

Der Antrag Dufaure, auf Grund dessen die Kommission ernannt ist, stellt Ihnen übrigens nicht nur die Regelung der Ministerverantwortlichkeit zur Aufgabe, sondern die Regelung der Verhältnisse der öffentlichen Gewalt, und nicht allein der bestehenden, sondern auch der noch zu schaffenden Gewalten. Ich verlange nicht eine regelrechte Verfassung von 200 Artikeln — nein, wir werden wenige Paragraphen festzustellen haben, über welche wir aber vollkommen einig sein müssen. Darum beschäftigen wir uns nicht weiter mit der Regierungsform. Kein Mensch denkt daran, die Monarchie an die Stelle der Republik zu setzen; es wäre unmöglich — wir können also nur auf dem Boden der Republik, aber der konserverativen Republik weiterarbeiten. Die Behauptung, daß die gegenwärtige Nationalversammlung zu dieser Weiterarbeit nicht befugt sei, ist unrichtig.

Ich sagte also, daß das nothwendigste Erfordernis die Errichtung von zwei Kammern sei. Auf den Modus ihrer Zusammenlegung geben wir einstweilen nicht weiter ein, es würde sich zunächst nur darum handeln, daß die Kommission das Zweikammersystem im Prinzip akzeptirte. Erst alsdann würde man sich über die Zusammenlegung zu verständigen haben, sowie über die den beiden Körperschaften zu ertheilenden Befugnisse. In Bezug auf letzteren Punkt würde es mir zur größten Befriedigung gereichen, wenn Sie der einen der Kammern das Recht der Auflösung zugesprochen würden. Im Uebrigen würde man zu erwägen haben, ob man der einen mehr einen konserverativen, der anderen mehr einen fortschrittlichen Charakter geben, ob man die eine mehr mit den auswärtigen, die andere mehr mit den inneren Angelegenheiten befaßt solle, aber das bleibt Alles der späteren Debatte vorbehalten; für's erste handelt es sich nur um das Prinzip. Man darf nicht für die Lösung aller Schwierigkeiten auf eine starke Armee rechnen; man hat auch keinen Diktator zur Verfügung, den man vom Pfluge wegholen könnte. Man muß eine zweite Kammer schaffen und mit ihr Herrn Thiers (sic) verhindern, in der Versammlung zu erscheinen.

Wir werden Alles, was die Kommission zur Regelung der Ministerverantwortlichkeit thut, annehmen, wenn sie sich zu gleicher Zeit mit dem Ganzen der zu lösenden Fragen beschäftigen will. Mag man nachher dieser oder jener Materie in der speziellen Ausarbeitung den Vorprung geben, zunächst wird man das Ensemble der Gegenstände, welche der Antrag Dufaure umfaßt, erörtern und entscheiden müssen. Dabei wird das politische Glaubensbekenntnis eines Jeden unter Ihnen unberührt bleiben. Wie Herr v. Audiffret-Pasquier sagt, es genügt, das gegenwärtig thatsächlich Bestehende zuzugestehen und es zu organisiren, was Niemanden hindert, seine eigenen Hoffnungen zu behalten. Will man dies, so find wir Alle einig.

Redner betont, daß die Einrichtung zweier Kammern keineswegs voraussetze, daß die gegenwärtige Nationalversammlung sofort abtrete. Die Auflösungsfrage sei jetzt beiseite, man könne sich später über den Modus der Erneuerung verständigen; er selbst habe in dieser Beziehung einen ähnlichen Gedanken, wie er in dem der Kommission vorliegenden Entwurfe von Marcel Barthe ausgesprochen sei. Ich wiederhole, schließt er, mit aller Aufrichtigkeit, ich bin nur für die Zukunft besorgt, seien Sie das auch, suchen Sie mit mir, die Mittel für diesen Zweck zu finden. Ich habe sehr bedauert, daß ich mich mit der Kommission Kerdrel nicht verständigen konnte; hoffentlich bin ich mit der gegenwärtigen Kommission glücklicher. Ich wünsche schließlich eine Verständigung. Wollen Sie uns, dem Herrn Justizminister und mir, die Ehre erweisen, über das Ensemble der zu lösenden Fragen mit uns zu konferiren, so hoffe ich, kommen wir zu einer Lösung. Im anderen Falle würden wir dieselbe beiderseits von der Nationalversammlung verlangen müssen.

Der Vorsitzende der Kommission, de Parcy, dankte dem Präsidenten der Republik im Namen der Kommission für seine Erklärungen. Es erhob sich dann eine Diskussion darüber, ob es zweckmäßiger sei, daß der Präsident und der Justizminister mit den beiden Unterkommissionen oder mit der ganzen Kommission verhandelten. Herr Thiers erklärte sich zu Beidem bereit. Schließlich beantragte Herr Ricard, daß, bevor die beiden Unterkommissionen ihre Arbeit beginnen, eine allgemeine Diskussion im Schooße der ganzen Kommission stattfinden solle. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und die betreffende Kommissionsitzung auf Mittwoch anberaumt.

Paris, 17. Dezember. Nach der Rede von Dufaure und dem Votum, welches darauf folgte, glaubte die Rechte, daß Thiers sich endlich ihr fügen werde. Die Vorgänge in der gestrigen Sitzung des 30er Ausschusses bewiesen ihr aber das Gegenteil, und sie weiß heute, daß Thiers nicht die geringste Lust hat, seine Votschaft vom 13. November zu zerreißen. Sie nahm die Erklärungen des Präsidenten jedoch ruhig entgegen. Einige Mitglieder der Majorität der Kommission sollen auch nicht abgelenkt sein, sich der konserverativen Republik anzuschließen. In dieser Beziehung verdient noch bemerkt zu werden, daß viele Mitglieder des rechten Zentrums sich gestern beim Abendempfang bei Thiers einfanden, und daß der Herzog von Audiffret-Pasquier um 7 Uhr zu Thiers kam und mit diesem eine lange Unterredung hatte. Näheres über die Stimmung der Dufaure-Kommission wird man morgen erfahren, wo dieselbe über die Gründung der zweiten Kammer votiren wird. Das Leiborgan des Herrn Thiers, „Le Public“ meint: Herr Thiers hat sich gestern als Staatsmann ausgedrückt. Das Red, das er angeboten, ist annehmbar für Alle; die Konserverativen können auf demselben in Frieden arbeiten und die Republikaner dasselbe ohne Mißtrauen betreten.

Italien.

Rom, 13. Dezember. Bei den Diskussionen über die mißbräuchliche Eintreibung der Steuer auf das bewegliche Vermögen ist das Ministerium mit einer nur so geringen Mehrheit der Abstimmung hervorgegangen, daß auch seine eifrigsten Freunde seinen Fall voraus-

sehen. Nur 27 Stimmen Majorität — das ist mehr eine Niederlage als ein Sieg! Und dies noch mehr, wenn man bedenkt, daß die Regierung mehr als hundert ihrer Beamten, die sie bezahlt, unter den Abgeordneten zählt. Man glaubt, bei der Verhandlung über das Gesetz wegen der religiösen Körperschaften werde das Ministerium begraben werden. Sella hat nicht verschweigen können, in welchem traurigen Zustand die Finanzen sind. Das Defizit für dieses Jahr beträgt ungefähr 130 Millionen, die zusammen mit den 330 Millionen der vorhergehenden Jahre eine enorme Summe bilden. Sella ist entschlossen, um das Land nicht zu sehr zu erschrecken mit neuen Steuern, viele gesetzlich vorträge Zahlungen zu verzögern; so hat er bereits den Anfang damit gemacht beim Bau der kalabrischen Eisenbahn, deren Unternehmer seit vier Monaten vergebens das Geld für ihre schon gemachten Arbeiten fordern. Welche ein Auskunfts-mittel! Welche Verwirrung! — Der König ist schon wieder aus Neapel zurückgekehrt. Man glaubt, die Kränze hiebei sei die erste Situation der Regierung dem Parlament gegenüber. Auch am Hofe sieht man jetzt ein, daß das Ministerium Ranza nicht mehr zu halten ist. — Die Regierung hat das Kloster der Karmeliterinnen von Regina Coeli in Via della Vongara in Besitz genommen trotz des Protestes des Kanonikus Petacci. Zu welchem Zweck es bestimmt ist, weiß man noch nicht. Doch dies ein Kloster ist nur wie ein Tropfen im Meer. Zu einer durchgreifenden Handlung den Priestern gegenüber kann sich die Regierung nicht entschließen. — Aus der Romagna kommen ernste Nachrichten. — Die Aufregung ist dort groß. Cesena ist erbittert; die Regierung zeigt sich herausfordernd durch einen großen Truppenaufwand. Als Zeichen des Protestes gegen die Verhaftung Balzania's schloß man die Läden und Magazine. In Faenza wurden mehrere Hausdurchsuchungen vorgenommen; die Polizeibeamten nahmen bei Liberati ein Siegel der Confraternita und Pompignoli zwei unschuldige Briefe weg. In Imbola wurden über zwanzig Personen verurteilt.

Großbritannien und Irland.

Am 14. d. M. verstarb die Gattin Disraeli's, Lady Beaconsfield. Sie war 83 Jahre alt, war zum ersten Male mit einem Herrn Wyndham Lewis verheiratet und als dieser 1838 ohne Nachkommenchaft zu hinterlassen starb, heiratete sie 1839 Herrn Disraeli. Dieser hat durch den Tod seiner Gattin einen ungeheuren Verlust erlitten. Denn obwohl sie etwa fünfzehn Jahre älter war, als ihr Gatte, war er ihr doch mit einer an Verehrung grenzenden Liebe zugethan. Zu dieser mal allerdings nicht wenig seine Dankbarkeit, die er ihr schuldete, beigetragen haben. Denn zu einer Zeit, als seine Geburt, — Disraeli ist, wie schon der Name andeutet, jüdischer Abkunft — sein ererbtes Verhängnis, ja seine Art sich zu kleiden, gegen ihn war, als er nichts hatte, als den festen Glauben an sich selbst, der ihm sagte, daß er trotz seiner Niederlage im Unterhause zu einer Rolle in der englischen Geschichte berufen sei, war es die damals vermittelte Beweise, die den Werth des jungen Bantasten erkannte und schätzte und ihm ihre Hand und ein sehr bedeutendes Vermögen gab. Das war es, was der noch unbekannte Mann nicht aus niedrigen Motiven ersucht hatte und diesem verdankte er, daß es ihm auch die nicht minder nöthige Zeit und Mühe brachte, sein Glück und seinen Ruhm. Dankbar legte er alle Triumphe seiner angebeteten Gattin zu Füßen und krönte seine Ergebenheit dadurch, daß er ihr 1868 die Parfökrone verschaffte. Im Jahre 1868 nämlich wurde sie während der Premierschaft ihres Gatten mit dem Titel einer Viscountess Beaconsfield in den Pair'stand erhoben, eine Auszeichnung, auf die Herr Disraeli zu ihren Gunsten verzichtet hatte.

Vom Landtage.

8. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 19. Dezember. Eröffnung um 1 Uhr. Am Ministerlich Graf Ikenbüll, Leonhardt und mehrere Regierungskommissarien. Das Haus erhebt sich, um das Andenken der seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder Fürst Ventheim-Teslenburg und Dr. v. Büschberg zu ehren. Die vom Justizminister übersandten Gesetzentwürfe über das Grundbuchwesen im Jagdgebiet und über das Grundbuchwesen in Hohenzollern gehen an die Kommission für das Grundbuchwesen.

Vom Handelsminister ist eine Uebersicht über die Verwaltung der Staatsbahnen des Jahres 1871 und eine Uebersicht über die Verwaltung der fiskalischen Bergwerke, Hütten und Salinen des Jahres 1871 eingegangen. Die Vorlagen werden den Kommissionen für Eisenbahnen resp. für Handel und Gewerbe überwiesen.

Es folgt der mündliche Bericht der Kommission über den Gesetzentwurf, betr. den Rechtszustand im Jagdgebiet.

In der Generaldiskussion meldet sich Niemand zum Wort. In der Spezialdebatte werden von den 18 Paragraphen die ersten 7 kleinen Änderungen unterzogen.

Unverändert wird darauf ohne Debatte in der Schlussberatung der Gesetzentwurf, betr. die Abhandlung von der durch das Gesetz vom 25. März 1872 angeordneten Ausführung einer Eisenbahn von Eschhofen nach Camberg genehmigt. Es folgte der mündliche Bericht der Petitionskommission, auf deren Antrag das Haus über sämtliche Petitionen zur Tagesordnung überging. Die Wahl von Schriftführern wird wegen der heutigen schwachen Besetzung des Hauses von der Tagesordnung abgesetzt.

Schluss 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

20. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 19. Dezember. Eröffnung um 12 Uhr. Am Ministerlich die Minister des Handels, der Finanzen und des Innern, Präsident v. Dechend und zahlreiche Kommissarien.

Der Handelsminister bringt die längst erwartete große Eisenbahnvorlage ein. Beabsichtigt wird zunächst die Herstellung der kürzesten Verbindung zwischen dem Osten und Westen der Monarchie und des Reiches, zwischen Ostpreußen und West. Von dieser Linie ist im Betriebe die Strecke Ostpreußen-Berlin, Weßlar-Lahnstein und Viedenhofen-Metz. Auszubauen ist also noch Berlin-Weßlar und Lahnstein-Trier-Viedenhofen einschließlich einer festen Rheinbrücke. Die Bahn Berlin-Weßlar würde kosten 50,750,000 Thlr., von der Reichs-grenze bei Sierk über Trier und Koblenz unter fester Ueberbrückung des Rheins nach Oberlahnstein zum Anschluß an die Lahnbahn 20,750,000 Thlr. Ferner: Hanau-Riedberg 2,900,000 Thlr.; Godelheim, resp. Dittbergen-Nordheim 5,900,000 Thlr.; Belmer-Dortmund 3,300,000 Thlr.; Harburg über Soltan nach Hannover 11,120,000 Thlr.; Saarbrücken durch das Fischbachthal nach Neunkirchen 2,800,000 Thlr.; Schlusfeld der Berliner Verbindungsbahn von Schöneberg nach Charlottenburg 1,400,000 Thlr. Summa 101,920,000 Thlr. Ferner für zahlreiche zweite und dritte Gleise 2,518,000 Thlr. resp. 297,000 Thlr.; für die Erweiterung des Bahnhofes in Hannover 1,380,000 Thlr.; für Bahnhöfe der Berliner Verbindungsbahn 1,700,000 Thlr.; für Verneuerung der Betriebsmittel der Staatsbahnen 9,000,000 Thlr. Gesamtsumme 120,000,000 Thlr. Davon sollen 1873 höchstens 20 Millionen, 1874 und 1875 nicht mehr als 25 Millionen stüßig gemacht werden. In Betreff der Verneuerung der Betriebsmittel wünscht der Minister die möglichst rasche Bewilligung, da die Ausführung der Bestellung von Lokomotiven immer noch 1-1 1/2 Jahr auf sich warten läßt und die deutschen und belgischen Fabriken mit Aufträgen überlastet sind. Die Bergisch-Märkische Eisenbahn-Verwaltung hat 20 Lokomotiven aus England beziehen müssen.

Ueber die geschäftliche Behandlung dieser Vorlage kann heute noch ein Beschluß gefaßt werden.

Das Haus geht sodann zur zweiten Beratung des Etats der preuß. Bank über, deren Einnahmen sich für 1873 auf 2,002,000 Thlr.

beziehen, um 287,000 Thlr. mehr als im laufenden Jahre. Darunter sind 1,313,352 Thlr. Gewinnanteile, 66,738 Thlr. Zinsen von dem Ein-schlußkapitale des Staates à 3 1/2 Prozent. (Dieser Ein-schluß beträgt 1,906,800 Thlr.), endlich 621,910 Thlr. Zinsen zur Verzinsung und Tilgung der Staatsanleihe vom Jahre 1856.

Referent v. Benda: Die Budgetkommission schlägt Ihnen vor, die Einnahmen der preuß. Bank unverändert zu genehmigen. Es kam zur Sprache, ob nicht möglicherweise die bevorstehende Reichsgesetzgebung auf die heutige Mehreinnahme der Bank von 287,000 Thlr. von Ein-schluß sein könnte, und der Regierungs-Kommissar wurde nach dem Stande dieser Gesetzgebung gefragt. Er erwiderte, daß ihm nichts darüber bekannt sei, daß aber auch für den Fall des Zustandekommens eines Reichsbankgesetzes dasselbe auf den Etat für 1873 keinen Ein-schluß haben könnte. Gestatten Sie mir nun, über eine höchst wichtige und ernste Angelegenheit, die wie Sie alle wissen, in diesem Augenblicke die Gemüther sehr aufgeregt hat, eine Anfrage an den Präsidenten der Bank zu richten. Es ist das die Zurückweisung der sogenannten Finanz-wechsel durch die Bank. Die Urtheile über diese Maßregeln sind hier und in der Provinz außerordentlich verschieden. Man behauptet von der einen Seite, die Maßregel treffe weniger das Herz des eigentlichen Grubenberthums als das solche Geschäft; von der andern Seite sagt man: wäre die Maßregel begründet, warum ist sie dann nicht schon lange früher, schon vor Monaten getroffen? Man beschwert sich darüber, daß kein Unterschied gemacht werde zwischen Grubenwechseln und den besten und anerkannt solidesten Wechseln. Die Leidenschaftlichkeit der Presse, namentlich der provinzialen, über diese Maßregel läßt nichts zu wünschen übrig. Unter diesen Umständen spreche ich im Interesse des Landes und der Regierung selbst den Wunsch aus, der Präsident und Chef der Bank möchte recht offen und recht bestimmt die Verhältnisse uns darlegen. So sehr das Haus sicherlich den Wunsch hat, daß die berechnete und segensreiche Thätigkeit der Kapitalassoziation nicht durch unweise Maßregeln der Staatsregierung eingeschränkt werde, so glaube ich doch der Regierung die Versicherung geben zu können, daß sie auf ein williges Ohr und volle Zustimmung in diesem Hause rechnen kann, wenn sie den Nachweis führt, daß sie zu dieser Maßregel durch die Ueberzeugung der Spekulationsgeschäfte, und durch die zum Theil unsoliden Basis derselben gezwungen worden ist. Ich bitte daher den Chef der Bank um eine eingehende Mittheilung über den Ursprung und die Bedeutung dieser Maßregel, namentlich auch im Hinblick auf den etwas auffallenden, wenn auch durchaus nicht zu Befürchtungen Veranlassung gebenden letzten Bankausweis. Ich hoffe bestimmt, seine Antwort wird nicht allein hier, sondern wesentlich auch in der Provinz die Gemüther beruhigen und das alte, bewährte Vertrauen zu der Thätigkeit und Umsicht unserer Bankverwaltung bestätigen und befestigen.

Bankpräsident v. Dechend: Ich kann dem Herrn Referenten nur dankbar sein, daß er mir durch seine Anfrage Gelegenheit verschafft hat, über die Angelegenheit, die jetzt seit mehreren Wochen schon die Presse im allerhöchsten Maße beschäftigt und beunruhigt, mich hier öffentlich vor dem ganzen Lande auszusprechen. Ich hoffe, daß meine Erwidrerung beruhigen wird, obwohl ich nicht ohne Sorge deshalb bin, weil man in letzter Zeit die Frage nicht objektiv, sondern größtentheils vom Standpunkt einzelner Institute beurtheilt hat und dadurch vielfach mißgeleitet worden ist. Ich habe zunächst zu konstatiren, daß die preussische Bank Kreditbeschränkungen und Restriktionen in der Diskontierung der Wechsel bis jetzt noch nicht beschloffen und angeordnet hat. Es ist bis heute noch kein einziger Wechsel, der sich zur Diskontierung überhaupt eignet, abgewiesen, kein einziges Lombardarlehen verweigert worden, wenn dafür die erforderliche Sicherheit gewährt werden konnte. Alle damit nicht übereinstimmenden Zeitungsberichte beruhen auf Mißverständnissen oder absichtlicher Entstellung. Dazu rechne ich namentlich die Nachricht, daß wir auch gute Geschäftswechsel zurückgewiesen haben, wenn auf denselben irgendwie Firmen figurirt hätten, die zu den Gründern gehören, und natürlich noch mehr die Nachricht, daß wir bei uns ein sogenanntes „schwarzes Register“ führen, worin alle Gründerfirmen verzeichnet sind. Zurückgewiesen sind nur solche Wechsel, welche entweder die erforderliche Sicherheit nicht gewähren, oder den Stempel der Geldmacherei offen an der Stirne tragen und deshalb nach den Regeln der Bank überhaupt nicht zur Diskontierung sich eignen. Denn die Bank ist nach ihren Statuten und Instruktionen gar nicht berechtigt, solche Wechsel zu diskontiren, die nicht auf realen Geschäften, sondern bloß auf Geldmacherei beruhen, und würde, wenn sie derartige Wechsel in Masse diskontiren wollte, nicht nur ihren Ruf, sondern auch die Zirkulation des Geldes im Lande gefährden. Bis jetzt ist der Bank noch kein Vorwurf darüber gemacht, daß sie nur gute Wechsel, wirkliche Geschäftswechsel diskontirt hat; im Gegentheil, man hat sie deshalb gerühmt. Man würde auch jetzt ihr keinen Vorwurf machen, wenn sich unter diesen Wechseln nicht sogenannte Kreditwechsel, wie sie der Herr Referent nannte, oder wie sie sonst heißen, sogenannte Bankwechsel, befänden hätten, das sind solche Wechsel, welche in- und ausländische Banken erst seit letzter Zeit, seit Jahr und Tag in Masse in Zirkulation setzen, um sich das ihnen fehlende Geld vorübergehend oder auf längere Zeit zu verschaffen. Dergleichen Wechsel kamen auch früher ausnahmsweise in kleinen unbedeutenden Summen vor; in letzter Zeit sind sie in kolossalen Summen aufgetreten namentlich von einem fremden Börseplatze aus, der sich in noch größerer Verlegenheit befindet, als unser Platz; man berechnet die Summe der Wechsel, die sich allein an jenem Platze fortwährend am Markte in Zirkulation befinden, auf mindestens 30-50 Millionen. Die betreffende Landesbank diskontirt diese Wechsel unter keinen Umständen (höört); was ist da natürlicher, als daß man sich dieser Wechsel bei uns entledigen möchte. Versuche sind in Masse gemacht, wir haben Provinzialbanken, bei denen man auf einem Tage Millionen angeboten hat. Auch hier würde man sicher zu diesem bequemen und einfachen Auskunfts-mittel sofort schreiten und der Bank derartige Wechsel in Unmasse ins Portefeuille geben, wenn wir nicht von vornherein einen ganz festen Ringel gegen alle Versuche vorgezogen hätten. Sie sehen daraus, daß wir einmal durch unsere Instruktion, sodann durch die Rücksicht auf die ganze Geldzirkulation des Landes und endlich durch die Unmöglichkeit, solchen Ansprüchen zu genügen, genöthigt gewesen sind, feste Position diesen Wechseln gegenüber zu nehmen. Daß wir das mit Maß gethan haben, bewährt der Umstand, daß wir dergleichen Wechsel von kurzer Sicht, wo sie gewissermaßen nur als Inkassowechsel figuriren können, ferner dann diskontiren, wenn sie in die Hände von Industriellen oder Geschäftsleuten übergegangen sind. Welt diese Ausnahme nicht gebührend beachtet war, hat sich gestern hier eine benachbarte Handelskammer beschwert, die im Uebrigen durchaus mit der Maßregel einverstanden war und nur diese Ausnahme verlangte. Es ist ihr sofort geschrieben worden, daß es ein Irrthum der betreffenden Ansicht sei, der sofort redressirt werden solle. Nun frage ich Sie: kann die Bank weiter gehen, als sie gegangen ist? Darf sie bei diesen Wechseln, die augenscheinlich nichts weiter sind als Kreditwechsel, wenn auch vornehmliche Kreditwechsel, worauf nur Firmen figuriren, die sonst für gut gelten, die man für erste Firmen hält, die Hand dazu bieten, solche Wechsel anzunehmen? Wir würden damit einmal unseren Ruf gefährden und dann auch dem soliden Handelsstande und der Industrie nicht helfen; nehmen Sie nur an, daß wir diese Wechsel nicht bis 50, sondern nur bis 20 oder 30 Millionen bekämen. Sie kennen alle den Status der letzten Wochen, auf den der Herr Referent großen Werth legt. Man hat diesen Status dazu benutzen wollen, uns aus der genommenen Position zu verdrängen. Man hat unsere Lage, die Lage unseres Geldmarktes mit düsteren Farben geschildert und gemeint, daß das Schlimmste zu erwarten wäre, wenn wir diese Finanzwechsel nicht diskontiren. Ich sehe die Lage nicht in so düsterem Lichte, ich glaube umgekehrt, daß die Lage unserer Bank und unseres Geldmarktes eine sehr gute ist, obgleich die Anlage der Natur der Sache nach am Schluss des Jahres viel höher ist als jetzt. Unsere Noten sind noch heute mit mehr als 58 Prozent durch Metall gedeckt. Wir haben nach einer Ermittlung, die ich in den letzten Wochen für einen andern Zweck habe anstellen lassen, von Wechseln, die damals 170 Millionen betrugen, die bei weitem größere Hälfte von 80 Millionen in den nächsten noch nicht ganz 4 Wochen fällig, das ist ein Portefeuille so gut wie es nur irgend zu wünschen ist. Ich bin im Stande, Ihnen nachzuweisen, daß keine Bank so gut steht wie wir. Wir haben aber noch in diesem Jahre bei dem regulären Geschäft eine

erhebliche Mehreinnahme zu erwarten, das bringt der Jahresabschluß mit sich. Auch die Mehreinnahme der letzten Wochen ist zum Theil auf diese Bedürfnisse des Jahres mit zu rechnen. Man hat schon vielfach vorher das Geld entnommen, weil man nicht sicher ist, ob nicht die Bank später den Diskont erhöht. Angesichts dieser großen Bedürfnisse stehen wir, glaube ich, trotzdem befriedigend da. Es würde unverantwortlich sein nach meiner Auffassung, und ich hoffe, das hohe Haus wird dieselbe Meinung haben, wenn wir uns Sachen auf den Hals laden wollten, die uns nichts angehen, wenn wir für fremde Vorfälle unser Geld ausgeben sollten, gewissen Personen und Häusern zu Liebe, denen ich im Uebrigen gar nicht zu nahe treten will. Wenn wir das nicht thun, so glaube ich auch noch heute, daß wir eine Krisis nicht haben werden, daß sich die Verhältnisse auch diesmal, wenn auch schwer, besser gestalten werden. Wir haben ja schon andere Krisen durchgemacht; die vom Jahre 1857 will ich dazu nicht rechnen, da die Bank damals noch nicht so großartig und stark war, wie jetzt; aber die Krisen und Verlegenheiten der Jahre 1864, 1866 und 1870 waren viel schwerer wie jetzt; wir werden auch das durchmachen, wenn nämlich die Herren, die jetzt anderwärts ihr Glück suchen, von den maßlosen Gründungen endlich absehen möchten, und wenn sie ferner es unterließen, trotz der schwierigen Geldverhältnisse fort und fort mit neuen Ausschreibungen an das Tageslicht zu treten. Das ist das Schlimme, was ich befürchte, aber durchaus nicht, daß wir etwa Schwierigkeiten machen werden oder machen können. Nun habe ich nur noch einen Vorwurf zu widerlegen, der auch vom Referenten berührt ist, nämlich, daß wir mit unserer Maßregel nicht bei Zeiten vorgegangen sind. Meine Herren, Jedermann im Lande weiß, daß wir Kreditwechsel nicht diskontiren, das ist keinem Geschäftsmanne unbekannt, auch wenn sie noch so gute Namen tragen, falls man weiß, daß sie Kreditwechsel sind. Wir haben es nicht gethan, als zum ersten Mal in diesem Frühjahr derartige größere Summen solcher Wechsel auf Frankfurt vorkamen. Da wurde eine Verfügung nicht bloß nach Frankfurt, sondern auch für alle übrigen Bankanstalten erlassen, daß wir uns dergleichen Wechsel ernstlich verbitten müßten. Als ich im Juli von einer größeren Geschäftsreise zurückkam, war die Masse solcher Wechsel noch größer geworden. Es erging darüber eine zweite Verfügung an alle Bankanstalten, wodurch ihnen derartige Diskontierungen verboten wurden. Als dies noch nicht nachließ, wurde im September dieses Jahres die Erhöhung des Diskonts verfügt. Auch diese Maßregel konnte doch nicht anders aufgefaßt werden, als eine Mahnung an das Publikum, sich vor übertriebenen Ansprüchen an die Bank zu hüten und sich bei Zeiten einzurichten. Die Maßregel hatte zuerst einen sehr guten Erfolg, aber bald überstieg die große Menge, durch Gründung möglichst schnell Geld zu gewinnen, und die Ansprüche in diesen Formen wuchsen wieder; es wurde wieder und zwar durch die Presse bekannt gemacht, die Bank habe zwar keine Restriktionen verfügt, aber angeordnet, daß Wechsel derart, wie ich sie heute im Eingange meines Vortrages, bezeichnete, die den Stempel der Geldmacherei an der Stirne trugen, unbedingt abgelehnt werden müßten. Wie kann man Angesichts dieser Verfügung und öffentlichen Bekanntmachung und der großen Zahl von Verfügungen, die in Spezialfällen ergangen sind, behaupten, daß wir untererseits das Publikum nicht rechtzeitig informiert hätten? Ich glaube umgekehrt, das Publikum hat sich den größten Vorwurf zu machen, ich meine vor Allem diejenigen, die das größte Interesse daran haben, derartige Wechsel an die Bank zu bringen, daß sie sich trotz aller Zurückweisungen mit dem Gedanken noch immer befassen haben, es werde ihnen gelingen, die Bank für diese Wechsel willig zu machen. Auch der Vorwurf ist der Bank gemacht worden, warum wir nicht den Diskont noch weiter erhöht hätten, statt zu diesen sogenannten, keineswegs wirklichen Restriktionen überzugehen. Wir haben gar nicht selten zu der Maßregel der Diskontverhöhung unsere Zuflucht genommen, namentlich wenn ein Abfluß des Metalls zu befürchten war oder wenn die Ansprüche so kolossal wurden, daß wir ohne Diskont-erhöhung ihnen nicht genügen konnten. In dieser Lage befinden wir uns aber gegenwärtig nicht. Wir leiden nicht unter einem Metall-Abfluß, sondern es fließt uns so viel Metall zu, wie noch nie. Wir leiden fast mehr am Gegenheil. Wir haben nach unserer Auffassung in diesem Augenblicke keine Ursache anzunehmen, daß wir die Bedürfnisse, die uns das Jahr noch bringen wird, nicht befriedigen könnten. Der Zeitraum ist nur noch ein sehr kurzer, und was uns das noch fortfließt, wird sehr bald wieder zurück in unsere Kasse strömen mit dem Eintritt des neuen Jahres, wo kolossale Summen wieder in den Verkehr treten werden. Ich erinnere namentlich an die Bundesanleihe, die dann voll eingezahlt wird; nach meiner allerdings nicht offiziellen Kenntniss würden dies etwa 28 bis 30 Millionen sein. Man schätzt die Gelder, die in den ersten Wochen des nächsten Jahres wieder in die Bank zurückkommen, durch Dividende und Bonds aller Art auf mindestens 30 Millionen; es sind große Massen von Geldern disponibel für verschiedene Zwecke, die doch auch nach und nach werden angelegt werden müssen, so daß ich nicht glaube, daß das nächste Jahr uns so ganz arm finden wird, wie wir jetzt zu sein scheinen. Meine Herren, unter diesen Umständen den Diskont von 5 Prozent ohne die allerdringendste Veranlassung zu erhöhen, halten wir für sehr bedenklich. Es ist für die Industrie und den legitimen Handel ein Diskont von 5 Prozent zwar hoch; er stört aber nicht alle Verhältnisse. Dies tritt aber nach meiner festen Ueberzeugung sofort ein, wenn der Diskont über diesen Satz hinaus erhöht wird, und was würden wir dadurch erreichen? Den Herren, die sich jetzt durch die sogenannten Kredit- oder Bankwechsel helfen, denen helfen wir durch die Erhöhung des Diskonts gar nicht, wir müßten denn etwa die Absicht haben, ihre Wechsel anzunehmen, wovon doch gar nicht die Rede sein kann. Wenn wir diesen Diskont erhöhten und gleichzeitig jene Maßregel zurücknahmen, dann bezweifle ich gar nicht, würden wir den betreffenden Herren das Geld viel billiger machen und geben, wie sie es auf anderem Wege bekommen (sehr wahr!), aber wir würden der Industrie und dem Handel einen enormen Schaden zufügen und dazu finde ich mich nicht veranlaßt. Ich bin auch der Ansicht, daß das Haus mit derselben Meinung sein wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Löwe: Wir können, wie ich glaube, von der Handlungsweise der Bank durchaus befriedigt sein. Wir stehen aber jetzt vor einem Wendepunkt mit dem ganzen Bankinstitut, nämlich vor der Reichsgesetzgebung und da haben wir die Pflicht, die Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß sie die großen Lehren, die ihr auch die gegenwärtige Krisis wiederum giebt, für die neue Gesetzgebung wohl benutze und verwerte. Die Hauptfrage, die wir im Lichte der gegenwärtigen Vorgänge betrachten müssen, ist die: haben wir ein Interesse, eine solche einseitige Bank, wie sie jetzt besteht, mit einer solchen unbeschränkten Notenausgabe zu besetzen, oder bei der nächsten Gesetzgebung eine andere Einrichtung zu treffen? Es ist interessant zu beobachten, wie dieselben Kreise, die jetzt das Blaue vom Himmel herunterschreiben über die Preussische Bank, noch vor einem halben Jahre darauf schwuren, es gäbe gar nichts Vorzüglicheres, als ein solch zentralisiertes Institut wie unsere Bank. Besonders die Berliner Geschäftsleute sagen fröhlich wie der Knabe an der Quelle und schöpfen daraus und meinen etwas Besseres als ein so großes Bassin könne für sie nicht existiren; und darum müsse man denn die Preussische Bank mit allen ihren Einrichtungen, so wie sie da ist, nehmen und zu einer Deutschen Haupt- und Reichsbank machen. Das waren eben die Interessenten, die sich für die besten Sachverständigen ausgaben und das sind dieselben, die diese Geldmacherei mittelst Wechsel am meisten betreiben. Ich möchte daher für die zukünftige Gesetzgebung vor solchen Sachverständigen, die zugleich Interessenten sind, entschieden warnen. Die Hauptfragen bei der Neugestaltung werden sein: Zentralisation oder Nichtzentralisation und unbeschränkte Notenausgabe, wenn auch nur mit einem Theile von Gold gedeckt. Diese unbeschränkte Notenausgabe bietet nach meiner Ueberzeugung nicht den festen Riegel dar, der für Krisen und bewegte Zeiten unbedingt vorhanden sein muß. Mein Standpunkt ist ausschließlich der, daß ich die Noten lediglich durch Metall gedeckt wissen will, und daß mit dieser Modifikation dann das Bankgewerbe in voller Ausdehnung freigegeben werde. Schließlich noch ein Wort über eine geschäftliche Frage: Wir haben mit Ertrauen gesehen, daß die Budgetkommission nur mündliche Berichte erteilen zu wollen scheint. Ich muß mich entschieden gegen diesen Weg erklären, ich glaube, es werden dadurch die Ueberstände der Kommissionsberatung und der Beratung im Hause nur

(Fortsetzung in der Beilage.)

Tagesüberblick.

Posen, 20. Dezember.

In unserem Nachbarstaate Oesterreich scheint jetzt sichere Aussicht vorhanden, daß eine seit langen Jahren die öffentliche Meinung bewegende Angelegenheit, die Wahlreform endlich zu einem, wenn auch nur vorläufigen Abschluß gelangt. Bekanntlich geht das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrathes nicht aus direkten Wahlen hervor, sondern es setzt sich zusammen aus Delegationen der 17 Landtage, welche für die verschiedenen Königreiche und Länder einschließlich der Reichsstadt Triest, die Landesangelegenheiten und die Landesgesetzgebung wahrnehmen. Abweichend von den staatsrechtlichen Zuständen in Preußen und den übrigen deutschen Ländern ist nämlich in Oesterreich die Gesetzgebung keine einheitliche, sondern es besteht für gewisse von der Reichsverfassung näher bezeichnete Angelegenheiten eine Autonomie der einzelnen Königreiche und Länder und die von den Landtagen innerhalb ihrer legislativen Kompetenz beschlossenen Gesetze erlangen einfach durch die Unterschrift des Kaisers gesetzliche Kraft. In dieser legislativen Kompetenz der Landtage wird durch die bevorstehende Wahlreform Nichts geändert. Die Landtage sind aber außerdem die Wahlkörper für das Abgeordnetenhaus, sie haben nach der Reichsverfassung aus ihrer Mitte die darin für sie festgestellte Zahl von Reichsrathsabgeordneten und zwar aus den in der Regel 4 Gruppen (Kurien), aus denen sie selber bestehen, zu wählen und sie sind auch hierbei an die für jede Gruppe und innerhalb derselben für jeden Wahlverband festgestellte Ziffer gebunden. Das Abgeordnetenhaus gliedert sich demnach in doppelter Hinsicht, einmal nach Vertretungen der einzelnen Königreiche und Länder und zweitens nach Vertretungen der einzelnen Gruppen, so daß man z. B. von Vertretern des böhmischen Großgrundbesitzes, der niederösterreichischen Landgemeinden spricht. Die Wahlreform, wie sie die Regierung vorgeschlagen hat, beschränkt sich nun und zwar einmal aus politischen Gründen, weil die Regierung eine weitergehende „Demokratisierung des Wahlrechts“ zur Zeit für bedenklich hält und zweitens aus faktischen Gründen, weil sie in einem nach dem gegenwärtigen Wahlmodus zusammengesetzten Abgeordnetenhaus für eine Beseitigung des Gruppen-Wahlsystems nicht die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittel-Majorität erlangen würde, auf die Beseitigung der Wahlen durch die Landtage; sie ist daher nur als ein erster Schritt zu betrachten. Die weitere Entwicklung muß mit Nothwendigkeit zu der Aufhebung der Gegenwahlen führen. Vorläufig wird nur in dem Wahlmodus eine Aenderung vorgeschlagen. Es sollen die Reichsrathswahlen nicht mehr durch die Landtage aus ihrer Mitte, sondern durch die Wähler der einzelnen Gruppen vorgenommen werden und zwar fast nach demselben Modus, nach welchem die Wahlen zu den Landtagen aus eben denselben Gruppen erfolgen. Es sollen also in Zukunft die Wähler in der Gruppe des Großgrundbesitzes eines jeden Landes zusammenzutreten und die auf sie fallende Zahl von Reichsrathsabgeordneten mit Stimmzetteln wählen; ebenso sollen in den für die Städte und Handelskammern zu bildenden Reichsrathswahlbezirken die Wähler mit Stimmzetteln die Abgeordneten wählen, während für die Wahlen der Landgemeinden der Modus der indirekten Wahl durch Wahlmänner beibehalten bleibt.

Die wichtigste Folge dieser Verfassungsänderung ist die Lösung des Reichsrathes von den Landtagen. Das österreichische Abgeordnetenhaus gewinnt dadurch den Landtagen gegenüber eine unabhängige Stellung. Es kann nicht mehr vorkommen, daß ein Landtag die Wahlen in den Reichsrath verweigert und dadurch eine größere Anzahl von Wahlbezirken, ja vielleicht ganze Wahlgruppen des betreffenden Landes im Reichsrath unvertreten bleiben, obwohl die von ihnen direkt gewählten Abgeordneten mit Freuden an den Reichsrathsarbeiten sich betheiligen würden, welchem schweren Uebelstand durch das Nothwahlgesetz, das bisher erst in Böhmen zur Anwendung gelangt ist, doch immer nur spät abgeholfen zu werden vermag, falls der Kaiser überhaupt seine Zustimmung zur Anwendung desselben, d. h. zur Ausschreibung direkter Wahlen giebt. Es wird freilich auch in Zukunft vorkommen, daß die in einzelnen Gruppen oder Bezirken gewählten Reichsrathsabgeordneten von den Sitzungen des Abgeordnetenhauses ausbleiben; dieses ist aber ein in allen Ländern und unter allen Wahlsystemen sich ereignender Fall. Im preussischen Abgeordnetenhaus wie im deutschen Reichstag kann aus diesem Grunde niemals ein Mandat für erloschen erklärt werden. Die eigenthümliche nationale Zerissenheit Oesterreichs, welche dort zur Bildung einer besondern „staatsrechtlichen Opposition“ geführt hat, die den gesammten Verfassungszustand als einen ungefestigten perhorresziert, mag es immerhin nothwendig machen, daß wegen fortgesetzten Ausbleibens eines Abgeordneten aus dem Reichsrath das Mandat desselben für erloschen erklärt und die Wählerschaft zu einer Neuwahl einberufen wird. Ob es zweckmäßig ist, solche Wahlbezirke, in welchen die Mehrheit der Wähler die Verfassung perhorresziert und dies durch die Wahl von Abgeordneten ausdrückt, die im Reichsrath nicht erscheinen, fort und fort in die Aufregung von Neuwahlen zu versetzen, ist gewiß zu bezweifeln. Das österreichische Abgeordnetenhaus wird aber nicht bloß in Betreff seines Zustandekommens von den Landtagen unabhängig gestellt, es soll auch seine Mitgliederzahl (gegenwärtig 203) und zwar nach dem Vorschlag der Regierung, womit diese jedoch nicht ihr letztes Wort gesprochen hat, um 120 Mitglieder verstärkt werden, wobei die Zahl der Vertreter des Großgrundbesitzes und der Landgemeinden einfach verdoppelt wird, während die überschüssigen Stimmen der Vertretung der Städte zuwachsen, so daß in dem zukünftigen Abgeordneten-Hause diese einen stärkeren Prozentsatz als gegenwärtig darstellen werden. Es ist dieses im Interesse sowohl der deutschen Nationalität, wie der verfassungsmäßigen Zustände in Oesterreich nur zu billigen; ja es wäre sogar zu wünschen, daß die Regierung in eine noch höhere Verstärkungsziffer für die Vertretung der Städte willigte. Die Großgrundbesitzer bilden in politischer Beziehung eine sehr zweideutige Gesellschaft; da sie ihrer großen Mehrheit nach dem Einfluß des Hofes zugänglich sind; wird ein der Verfassung feindliches Ministerium auch nach Durchführung der Wahlreform, so wie sie das gegenwärtige liberale Ministerium zur bessern Sicherung der Verfassung in Vorschlag gebracht hat, eine der Verfassung feindliche Majorität im Abgeordneten-Hause zu erzielen vermögen. Eine Verschlechterung der Wahlausichten für die Verfassungspartei wird durch die Wahlreform übrigens in keiner Weise herbeigeführt, so daß dieselbe als eine Abschlagszahlung immerhin zu akzeptiren wäre.

Die Hauptsache ist, daß der politische Einfluß der Landtage gebrochen wird, weil in diesen jede auf die Beseitigung der

bestehenden Verfassung ausgehende Bestrebung zunächst sich Boden zu verschaffen sucht, um dann von dort aus die Thätigkeit des Reichsrathes lahm zu legen. Dieser Weg wird durch die Lösung des Abgeordneten-Hauses von den Landtagen abgeschnitten.

Für das auf dieser Seite Folgende übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortlichkeit.

Galsübel, Beginn der Schwindfucht.

An den kgl. Hoflieferanten Hrn. Johann Hoff in Berlin. Triebe!, 1. Oktober 1871. Mein Halsübel charakterisirte sich als Schwindfucht, und diese ist durch den Gebrauch Ihres Malzertrags fast gänzlich gehoben, auch meine Körperschwäche schon ziemlich beseitigt. J. Schulze, Lehrer.

Verkaufsstellen in Posen: General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebr. Plessner, Markt 91; Frenzel & Co., Breslauerstraße 38 und Wilhelmplatz 6; in Neumühl Herr A. Hoffbauer; in Deutschenthal Herr H. Mansard; A. Jaeger, Konditor in Grätz; in Schrimm die Herren Cassariel & Co.; in Schroda Herr Fischeh Baum; in Bongrowitz Herr Herrm. Ziegel; in Pleschen: L. Zboralski.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

„Revalescière Du Barry von London.“

Keine Krankheit vermag der delikaten Revalescière du Barry zu widerstehen und bewährt sich dieselbe ohne Medicin und ohne Kosten bei allen Magens-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athems-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindfucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wasserfucht, Fieber, Schwindel, Blutauswurf, steigen, Ohrenbräusen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichfucht. — Auszug aus 72,000 Certifikaten, die aller Medicin widerstanden:

Certificat Nr. 57.942.

Glainach, 14. Juli 1867. Ihrer Revalescière habe ich nächst Gott in meinen furchtbaren Magen- und Nervenkrankheiten das Leben zu verdanken. Johann Godez, Provisor der Pfarre Glainach, Post Unterbergen bei Klagenfurt.

Certificat Nr. 62.914.

Westau, 14. September 1868. Da ich jahrelang für chronische Hämorrhoidalleiden, Leberkrankheit und Verstopfung alle mögliche ärztliche Hilfe ohne Erfolg angewendet, so nahm ich in Verzweiflung meine Zuflucht zu Ihrer Revalescière. Ich kann dem lieben Gott und Ihnen nicht genug danken für diese köstliche Gabe der Natur, die für mich die unberechenbarste Wohlthat gewesen ist. Franz Steinmann.

Nährhafter als Fleisch, erspart die Revalescière bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Argenteen.

In Blechbüchsen von 1/2 Pfund 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfund 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfund 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfund 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Thlr. — Revalescière Chocolatée in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. — Revalescière-Bisquit in Büchsen à 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co. in Berlin, 178 Friedrichstraße; in Posen: Rother Apotheke A. Fahl, Krug & Fabricius, F. Fromm, Jakob Schlesinger Söhne, in Polnisch-Lissa bei S. A. Scholz, in Bromberg bei S. Hirschberg, Firma: Zul. Schottländer, in Graubenz bei Fris Engel, Apotheker, in Breslau bei S. G. Schwarz, und in allen Städten bei guten Apothekern, Droguen-, Spezerei- und Delikatessenhändlern.

August Klug, Wilhelmpl. 4,

empfiehlt zum Einkauf von Festgeschenken sein reichhaltiges Lager von:

Alfenide-Bestecken, Tafelgeräthen, Leuchtern, Tablettes etc., Eleganten Petr.-Tafel- und Sängelampen, Eis-Maschinen, Wiener Extract-Maschinen, Verz.-Lampen u. Kesseln, überhaupt Haus- u. Küchengeräthen jeder Art, Solinger, engl. u. franz. Stahl- u. Kurzwaaren, Schlittschuhe, Wiener u. Offenbacher Leder-Galanterie-Waaren, Necessaires, Reise-Koffern und Taschen, engl. Sätteln, Säumen, Chabraden, Reit- und Fahrpeitschen, Zünd- und Zef.-Gewehren, Revolvern, Taschen, Jagdtaschen, Trinkflaschen, Jagdstühlen, Cartouches, Signalhörnern etc. zu mäßigen Preisen.

BILANZ

der Commandit-Gesellschaft auf Actien

Bniński, Chłapowski, Plater & Co.

in Posen

für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September.

Activa.				Passiva.			
	Thlr.	Sgr.	Pf.		Thlr.	Sgr.	Pf.
Cassa-Bestand	25,217	4	4	Actien-Capital	1,100,000	—	—
Effecten im Lombard und Report	175,938	11	11	Reservefonds	62,290	25	8
Wechsel-Portefeuille	277,836	19	—	Laufende Accepte	288,300	—	4
do. auf auswärtige Plätze	44,357	29	3	Rückständige Dividenden	54,761	10	—
Ziegelei und Vorwerk Starokępa	60,000	—	—	Deposital-Einlagen	396,755	3	9
Hypothekarische Forderungen	51,243	17	6	Diverse Activa	22,043	13	5
Guthaben im Conto Corrent-Geschäft	1,289,557	1	2				
	1,924,150	23	2		1,924,150	23	2

Bniński, Chłapowski, Plater & Co.

Von dem in unserem Verlage erschienenen

Gefangbuch

für

die evangelischen Gemeinden der Provinz Posen

haben wir eine Partie mit hochfeinen und eleganten Einbänden in Sammet und Chagrin anfertigen lassen, die sich besonders zu Weihnachts-Geschenken empfehlen. Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co.

Im Verlage von Ernst Rohfeld ist soeben erschienen:

Die Canalisation Posens

auf Anlaß der städtischen Behörden begutachtet von Dr. Semmel, Regierungs- und Medizinal-Rath. Preis 5 Sgr.

!!! Brillante Weihnachtsgeschenke !!!

Büchl und Wengel, Gedichtsammlung für Kinder von Rud. Löwenstein, Hey, Reindl u. c., sowie die Netteschen Märchenbücher sind soeben in neuen Auflagen in höchst eleganter Ausstattung erschienen. Wir machen das laufende Publikum hierauf ganz besonders aufmerksam. In Posen vorrätig bei

Ernst Rohfeld,

Wilhelmplatz Nr. 1 (Hotel de Rome).

Preussische

Boden-Credit-Actien-Bank.

Bezug nehmend auf unsere Bekanntmachung vom 20. November c. werden die Herren Actionaire hierdurch aufgefordert, auf die im December c. bezogenen Dispositionsscheine zu den neu zu emittirenden Actien der Preussischen Boden-Credit-Action-Bank

eine weitere Einzahlung von 40 % zuzüglich 5 % Zinsen vom 1. Januar 1873 bis incl. 7. Januar 1873

und die Rest-Einzahlung von 40 % zuzüglich 5 % Zinsen vom 1. Januar 1873 bis incl. 21. Januar 1873

zu leisten.

Actionaire, welche die Einzahlungen bis zum 7. und 21. Januar 1873 einschließlich nicht leisten, haben eine Conventionalstrafe von 10 % des rückständigen Betrages und 6 % Verzugszinsen vom Tage des Verfalles zu entrichten.

Berlin, im December 1872.

Die Direction.

Jachmann, Schweder, Lehmann.

Gefüllten

Königsberger Rand-Marzipan

in Stücken und Säzen, Marzipan-Brüchte und Thee-Confect empfiehlt die Conditorei von

P. Urbaniski, Breslauerstr. 14.

vereinigt. Ich würde vor diesem System der vollen Plenarberatung des Budgets im Hause den Vorzug geben.

Abg. Laßker: Ich widerspreche dem Vorschlage des Vorredners, der uns wieder zu der alten Methode zurückbringt, nach der wir ungefähr nach Verlauf von einigen Monaten den ersten Bericht erhalten und nicht vor 3-4 Monaten den Etat zu erledigen im Stande sind. Ich freue mich, daß die Herren nicht mehr so prinzipiell für die kommissarische Berathung eintreten; früher sah man ja die Vorberathung des Budgets im Hause nahezu als eine Verfassungsverletzung an. Jetzt denkt man ja über die Sache kühler und ich hoffe, es wird mit dem mündlichen Kommissionsbericht wieder so geschehen. Sollte einmal ein Antrag der Budgetkommission hier vorkommen, welcher wirklich eine eingehende, schriftliche Motivirung verlangt, so wird sie zweifelsohne seitens der Kommission nicht fehlen. Uebrigens ist in den schriftlichen Anlagen des Etats schon ein sehr werthvolles Material gegeben. Ich bin überhaupt der Meinung, daß die schriftlichen Berichte etwas gar zu sehr an den bürokratischen Weg erinnern, während wir im Wesentlichen doch hingewiesen sind, in der lebendigen, mündlichen Verhandlung das pro und contra vorzuführen und dem Lande gegenüber zu vertreten. Ich komme nun zu der Frage, die der Herr Referent angeregt hat, und freue mich, daß die weitere Erörterung derselben in Gegenwart des Herrn Finanzministers stattfinden kann. Der Vertreter der Bank hat in der Kommission auf unsere Frage, ob die Bankfrage schon in der nächsten Session des Reichstages verhandelt werden solle, geantwortet, er sei ohne offizielle Kenntniss der Sachlage, doch meine er, daß man es für notwendig halte, erst das Münzgesetz zu geben und danach zum Bankgesetz zu gelangen. Ich glaube nicht, daß ein solcher innerer Zusammenhang zwischen den beiden Gesetzen existirt, sondern meine, daß die Bankfrage schleuniger Erledigung bedarf, zumal das gegenwärtige Verhältniß der Bank nur provisorisch ist. Die Ansichten gehen dabei so weit auseinander, daß es besser wäre, so bald als möglich in die Sache einzutreten.

Ich bin aber auch mit den beiden Herren Vorrednern dem Herrn Referenten dankbar, eine so wichtige Tagesfrage vor ein unparteiisches Forum gebracht zu haben. Kein Wunder, daß die Interessenten zunächst mit den Hilfsmitteln, mit denen man die öffentliche Meinung in Bewegung setzt, gegen Maßregeln anstreben, die ihrem eigenen Interesse entgegen sind. Es freut mich aber, daß der Herr Bankpräsident die Thatsache so naht bezeichnet hat, wie sie bekannt zu werden verdient. Diese Operation besteht darin, daß man in Ermangelung eigenen Geldes ein Scheingeld vollzieht, einen Wechsel ausstellt, seinen Namen darauf setzt und sich so Geld verschafft. Man nennt das mit glänzendem Namen Finanzwechsel, in Sichten, wo man sich drastischer ausdrückt, Reitwechsel, weil eine Person von der anderen gemißbraucht wird, gewissermaßen, wie man Pferde benutzt, um fortzukommen, wenn man selbst müde ist. (Heiterkeit.) Dieser Ausdruck scheint mir in der That das Geschäft drastischer zu bezeichnen. Ich glaube ein Wort mitzupacken zu können, weil ich seit lange schon diesem Uebelstande meine Aufmerksamkeit zugewendet habe. Als Konkursrichter am Berliner Stadtgericht hatte ich Gelegenheit, zu erleben, daß fast alle Vorbereitungen zum Konkurs mit erheblichen Reitwechseloperationen vor sich zu gehen pflegen, und zwar wachsen die Kosten von den Leuten später über den Haß, daß alle die Unkosten, die schlechte Wirtschaft herbeiführt, welche naturgemäß mit dem Bankrott endigt. Ich habe darauf am Stadtgericht beim Konkursverfahren darauf hinzuwirken gesucht, grundsätzlich allen Afforden von Wechselreiterei die Zustimmung zu versagen, um sie von der Wohlthat des Gesetzes auszuschließen. Da die Sache öffentlich verhandelt wurde, kann ich das Resultat mittheilen. Es wurde beschlossen, die Aeltesten der Kaufmannschaft zu befragen, ob sie es für ein solches Verfahren halten, wenn zwei Personen mit unzureichendem Vermögen Wechsel ausstellen und sich durch wechselseitige Gefälligkeit Geld verschaffen — man nennt dies auch Gefälligkeitwechsel — und sie zum Diskontiren zur Bank bringen. Zu meinem größten Leidwesen haben die Aeltesten sich außer Stande erklärt, diese Frage zu beantworten; nach ihrer Meinung betrieben auch solche Leute derartige Geschäfte und so durfte das Stadtgericht nicht unbedingt eine derartige Geschäftsführung für eine liederliche halten, um in Folge dessen die Wohlthaten des Gesetzes einem derartigen Geschäftsführer nicht zu gewähren. Ich stehe nun auf festem Boden, wenn ich mich an das ansehe, was der Herr Bank-Präsident gesagt hat, nämlich die Lächerlichkeit tritt in verschiedenem Gewande auf, in den oberen und niederen Schichten; ihrer inneren Natur nach ist sie gleich verwerflich, gleichviel, ob ein armer Schlicher sich einige Jahre oder einige Monate lang zu halten glaubt, oder ob große Personen, welche große Summen zu realisiren geneigt sind, solche Wirtschaft treiben, um über ihre eigenen Kräfte hinaus Geldgeschäfte zu machen. Ich habe neulich beim Etat Gelegenheit gehabt, auf die Gründungen zurückzukommen. Seitdem sind mir vielfach Zuschriften und mündliche Äußerungen darüber zugegangen, theils billigend, theils aber auch sehr ablehnend. Ich habe aber diesen Gegenstand um so lieber zur Sprache gebracht, weil ich wünschte, daß er einmal in der öffentlichen Vertretung behandelt wird, und zwar aus vielen Gründen. Erstens wünsche ich nämlich, daß man erkenne, dieser Vertretungskörper hält es nicht für maßlos, sich solchen Geschäften hinzugeben. Dies wird auch vielleicht eines der Mittel sein, Repräsentanten von derartigen Gründungen von der Schwelle dieses Hauses fern zu halten. Die Affoziation des Kapitals ist berechtigt, eine bedeutende Rolle im wirtschaftlichen Leben zu spielen; diese Form der Kapitalvereinigung wird nothwendig und nützlich sein, wenn auch nicht in ihrer heutigen Gestalt der Aktiengesellschaft, wo die einzelne Person geringes Interesse am Gedeihen des Instituts hat, sondern dem schnellen Jahresgewinn ihre Aufmerksamkeit zuwendet; die Gesellschafter werden revidiren müssen, ob es gut war, alle Arten der Affoziation auf die Aktien-Gesellschaften hinzubringen und so die betrübenden Erscheinungen hervorgerufen, die früher oder später zu einer Krisis führen müssen. Ich verlange nicht, das Aktiengesetz rückgängig zu machen, ich will nicht, wie manche, wegen des Mißbrauchs, der beim Anfange der Freiheit sich stets einstellt, unfreiwillig rückwärts gehen, aber ich will der Freiheit die organischen Bestimmungen geben, die den Mißbrauch ausschließen. Nun hat sich unter die vielen ehrenvollen Operationen ein Theil sehr bedenklicher, schwindelhafter eingemischt und es scheint, daß denjenigen, die in Wahrheit das Interesse der öffentlichen Wohlfahrt zu befördern bestrebt sind, ein sehr schlechter Dienst geleistet wird, wenn neben ihnen an demselben Tisch und im Munde des Volkes gewisse gewissermaßen mit demselben Atemzuge auch diejenigen Gründer genannt werden, welche selbst schon mit dem Mafel unreeller Geschäftsführung behaftet sind und auch dafür erkennbar gemacht werden. Eine Art solcher unstatthafter Operationen ist auch die, mit der der Herr Bankdirektor sich heute zu beschäftigen gehabt hat. Ich habe nichts dagegen, wenn jemand mit seinem eigenen Vermögen soweit geht, daß er Spekulationen gewisser Art unternimmt, obschon sie mehr den Charakter des Spiels an sich tragen, d. h. nicht einen Gewinn innerhalb gewisser Schranken in Aussicht stellen, sondern die Möglichkeit eines sehr großen Verlustes gegen die Möglichkeit eines sehr großen Gewinnes einsetzen, aber vor Allem muß das, was sie zum Einfluß bringen, ihr eigenes Vermögen sein, und dann ist nothwendig, daß aus solchen Spekulationen der Gewinn nicht allein in die Taschen der betreffenden Mitglieder fließe, die Verluste aber auf das Volk oder auf diejenigen abgewälzt werden, die sie in der einen oder anderen Weise zu den Spekulationen zu verführen wissen. (Sehr richtig!) Das aber ist gegenwärtig vielfach die Lage. Es ist ja ganz unbegreiflich, daß Dinge vorkommen, die ziemlich allgemein in der Geschäftswelt bekannt sind, und an der Börse selbst sprechen die verschiedensten Personen von den Gründern mit einer gewissen Verächtlichkeit, und es bildet sich eine gewisse Rangordnung nach dem Grade der größeren oder geringeren Redlichkeit. Es liegt vor aller Augen, wie bei der Gründung von Aktiengesellschaften sämtliche Vermögensobjekte durch falsche Einschätzung zu einem weit höheren Werthe angelegt werden als sie haben. Man giebt ihnen fabelhaften Geschäftsgewinn an, und die Gründer geben 15 bis 20 Prozent mehr, als sie gegeben haben, indem sie durch geschickte Operation und unredliche Zwischenverhandlungen zu verbergen wissen, was sie selbst gezahlt. Hierdurch sichern sie sich zugleich vor der kriminellen Verfolgung, aber für uns ist es klar, wie sie ihre Zwecke erreichen. Ein ekkantier Fall ist zu meiner Kenntniss

gekommen. Das Geschäft wurde anboten für 300,000 Thlr., von den Abnehmern gekauft für 600,000 Thlr. und der eine Sozins, dem es leid that, diese 300,000 Thlr. theilen zu müssen ließ sich von einem Agenten Rath ertheilen, wonach ein neuer Vertrag abgeschlossen worden ist, der scheinbar die 300,000 Thlr. wieder eingeleistet hat, so daß dieser Sozins 300,000 Thlr. mehr in seine eigene Tasche fließen lassen konnte, ohne sie zu theilen. Ich vermute, daß in diesem Falle ein Scheingeldgeschäft abgeschlossen worden ist. Die Sache ist zur weiteren Verhandlung deshalb gekommen, weil dieser Sozins dem Agenten die Provision für diesen guten Rath und seine Mühe nicht hat geben wollen. (Heiterkeit.) Nun kommt das Hauptsächliche, wodurch die Moral charakterisirt wird, die in gewissen Kreisen herrscht. Die Sache ist zur schiedsrichterlichen Entscheidung gekommen und das Schiedsgericht hat erkannt, daß diese Akten wegen mehrfacher, unethischer Handlungen, die dazwischen liegen, zu verbrennen seien. (Heiterkeit.) Oder wenn in einem anderen Falle, wie dies ja ganz offen verhandelt wird, ein Scheinpreis ausgestellt wird, was ich neulich dem Finanzminister sagte, wenn also öffentlich in den Zeitungen der Verkäufer den Gründern vorwirft, daß sie den Kaufpreis um einige hunderttausend Thaler höher angegeben, als er selbst erhalten hat und wenn diese dann ihm erwidern — auch in öffentlichen Zeitungsinferaten — daß er um diese Manipulation nicht zu verrathen, hunderttausend Thaler für sich bekommen hat (Heiterkeit), und wenn solche Streitigkeiten kriminalrechtlicher Natur öffentlich geführt werden, so muß die Staatsbehörde einschreiten und man erwidere nicht, daß die Betroffenen oder ich selber mich an die Kriminalpolizei wenden solle. Sie wissen, daß so lange das öffentliche Anlagemonopol besteht und die Privatanlage verboten ist, jede andere Anzeige eines Unbetheiligten den Charakter der Denunziation hat, und Denunzianten sind nun einmal nicht beliebt und vielleicht ist es auch gut, daß man diese Auffassung etwas übertreibt. Hätten wir das öffentliche Anlagemonopol nicht, so würden sich, wie in England, Vereine zur Verfolgung solcher schwindelhaften Erscheinungen bilden. (Sehr gut!) und ich würde, vielleicht einem solchen Vereine angehören. Hi und muß die Staatsregierung von ihrem Anlagerecht Gebrauch machen (Sehr richtig!), denn die öffentlichen Schäden müssen mit den geeigneten Mitteln beseitigt werden. Eine glänzende Rechtfertigung habe ich heute durch den Bankpräsidenten erhalten, er hat das Ding mit dem rechten Namen genannt; er bezeichnete die Firmen als solche, die reichen die eigenen Mittel nicht mehr aus, unter beliebigen entstellenden Formen sich an den Staat wenden. Haben wir dazu der Preussischen Bank die Notenemission anvertraut? Sicherlich doch nur, um dem legitimen industriellen Bedürfnis zu Hülfe zu kommen. Schon 1857 und seitdem in jeder Krisis hat die Bank sich in diesem Sinne bewährt, will sie es auch ferner, so muß sie bedacht sein, Alles zurückzuweisen, was den Stempel der Schwindelhaftigkeit an der Stirn trägt (Beifall). Privatpersonen mögen darüber diskutieren, daß man dem Wechsel nicht ansieht, ob er aus legitimen Geschäften kommt oder zu den oben geschilderten Operationen dienen soll; aber kein Bankvorsteher würde für einen tüchtigen Beamten seines Faches gelten, der bei reichlichem Umlauf nicht sofort aus der Physiognomie erkennen sollte, was der Wechsel zu bedeuten habe, das eine oder andere Mal kann der Wechsel wohl unter falscher Firma spazieren. Aber mit der Zeit wird man doch erkennen, was er ist. Die Bank geht schon weit, wenn sie den Grundfals aufstellt, daß selbst solche Wechsel zu diskontiren seien, die an sich unreinen Ursprungs, wenn sie nur einmal sich in der legitimen Industrie gebadet haben, wenn sie nur einmal durchgegangen sind durch legitime Geschäfte, reinlich genug sind, um mit sauberen Händen angefaßt werden zu können. (Große Heiterkeit.) Aber man soll nicht weiter gehen und die öffentliche Meinung glauben machen, daß ein Geschäft, dessen erster Grundfals Sauberkeit sein soll, sich damit beschmutzt, daß es aus solchem Schmutze seine Valuten annimmt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Miquel: Ich leugne nicht, daß zahlreiche Handlungen vorgekommen sind, um das Publikum zu täuschen, aber ich glaube doch, daß unsere Aktiengesellschaft und ihre Folgen immer noch den Vorzug verdienen vor einer viel gefährlicheren Richtung des wirtschaftlichen Lebens, derjenigen nämlich, welche das Geld des Volkes ins Ausland treibt. Ich sehe doch noch lieber, daß es auf unsere inländische Industrie verwanzt, als für faule, rumänische Obligationen und amerikanische Prioritäten fortgeworfen wird. Nach meiner Meinung hat unsere Aktiengesellschaft noch nicht Schranken genug, um faule Geschäfte auszuschließen. Wir bewegen uns dabei auf dem dünnsten gesetzgeberischen Boden, der namentlich durch die unglaubliche Leichtgläubigkeit des Publikums so schwierig gemacht wird; denn dasselbe glaubt demjenigen am meisten, der es am Frechsten belügt. Ich möchte den Vorschlag machen, daß jede Gründung einer neuen Gesellschaft im Reichs- und Staatsanzeiger veröffentlicht werden muß, nicht bloß ihr hochklingender Prospekt, sondern auch ihre Statuten, aus denen sich am ersten erkennen läßt, was Geisteskind sie ist. Ferner sollten Käufer und Verkäufer gegenseitig gezwungen sein, der Gesellschaft das Grundstück zu demselben Preise anzurechnen, zu dem zwischen ihnen beiden der Kontrakt abgeschlossen ist. Ich weiß wohl, dies Gesetz ist mit Hilfe der gerichtlichen Personen leicht zu umgehen, aber welches Gesetz wäre das nicht? Dem wirtschaftlichen Leben des Landes leisteten wir jedenfalls einen wesentlichen Dienst, wenn wir jeden derartigen Mißbrauch mit gesetzlicher Strafe bedrohten. Was nun das Verhalten der Bank anbelangt, so kann ich konstatiren, daß der weit überwiegende Theil der soliden Geschäftsleute in Berlin dasselbe billigt und sogar für eine unabwiesbare Nothwendigkeit hält. Wenn man ihr vorwirft, daß sie die Handelskrisis chronisch mache, so muß man zunächst die wirtschaftliche Lage verstehen, ehe man über das Verhalten der Bank urtheilt. In dem Sinne, daß eine Ueberproduktion an Waaren vorhanden ist, wie in den Jahren 1828, 1845, 1856 und 1857, haben wir keine Handelskrisis. Damals suchten sich die Kaufleute, die mehr produziert hatten, als der Markt verlangte, gleichfalls, wie eben jetzt, durch Reitwechsel zu halten; als das nicht mehr ging, warfen sie die Waaren plötzlich auf den Markt und die Preise sanken sofort um mehr als hundert Prozent. An einer solchen Handelskrisis leiden wir nicht; die Industrie ist im Großen und Ganzen gesund; mag hier und da zuviel produziert werden, das ist die Folge der übermäßigen Spekulation mit Effekten. Das Gerede ist unsere Krisis, die Ueberproduktion an Effekten. Es ist die allgemeine Richtung der Zeit, das Kapital zu affoziiiren, damit auch kleine Kapital der Segnungen theilhaftig werde, welche der großkapitalistische Betrieb schafft. Ob man es als einen Fort- oder als einen Rückschritt betrachtet, — die Thatsache steht fest, daß der Großbetrieb, der große Kapitalien erfordert, immer mehr an die Stelle des kleinen, handwerksmäßigen Betriebes tritt. Wenn ich Franzose wäre und den Mund voll großartiger, französischer Phrasen nehmen wollte, würde ich sagen, daß die Aktiengesellschaften dem kleinen Kapital die „Demokratisirung des Großkapitals“ ermöglichen. Diese Geldbewegung stammt theils aus dem Goldregen, der sich von Frankreich über uns ergossen hat, theils aus dem allgemeinen festen Glauben an die Stabilität der europäischen Zustände seit dem letzten französischen Kriege. An ihr theilhaftigen sich nicht nur die Gründer ex professo, sondern in großen Massen auch das kleine, ländliche Kapital, und deshalb begrüße ich die Erklärung des Bankpräsidenten, daß da, wo er eine wirklich gesunde Industrie sieht, er ihre Unterstützung nicht verlagern wird, mit Freuden. — Grn. Löwe erwiderte, daß sich über die allgemeine Bankfreiheit ja streiten läßt. Ich halte die Lösung dieser theoretischen Frage bei uns verhältnismäßig für am leichtesten, weil die Verwaltung unserer Bank allezeit eine vorzügliche war. Ihre theoretischen Mängel wurden durch die Praxis unwirksam gemacht. Dagegen werde ich persönlich die allgemeine Notenfreiheit in Preußen stets bekämpfen. Ich halte die Notenabgabe für ein wesentliches Attribut des Staats und ich befürchte auch gar nicht, daß sie sich jemals bei uns einbüßern wird. Schließlich spreche ich nochmals meine Ueberzeugung aus, daß, wenn die Bank fortfährt, wie sie begonnen hat, und namentlich den Geldzufluß nach Wien hemmt, sie auf unsere wirtschaftlichen Zustände sehr wohlthätig wirken wird. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion und der Etat der Bank wird unverändert genehmigt.

Das Haus nimmt hierauf die Verathung des Etats der Forst-

verwaltung, welche vorgestern unterbrochen worden war, wieder auf, genehmigt den Antrag Miquel auf Erlass eines allgemeinen Forstfulturgesetzes, sowie sämtliche Titel des Etats. Die Budgetkommission hat zu demselben in einer Resolution beantragt, die Regierung wiederholt aufzufordern, die Verbindung des reitenden Feldjäger-Corps mit der Forstverwaltung bald thunlichst aufzuheben.

Referent Abg. v. Benda weist darauf hin, daß bereits 1868 dieselbe Resolution die Zustimmung des Hauses gefunden habe. In der That stehe die diplomatische Mission des Feldjäger-Corps mit der Forstverwaltung in gar keinem Zusammenhange, und entspreche der gegenwärtigen Zustand in keiner Weise dem Interesse der Forstverwaltung. Die Summe für das Feldjäger-Corps abzusetzen sei nicht möglich, da dieselben auf dem Etat des Reiches figurirten.

Der Antrag wird hierauf mit großer Majorität angenommen. Abg. Windthorst (Meppen) zur Geschäftsordnung: wenn es überhaupt noch möglich ist, hier zu beschließen, so wünsche ich, daß beschlossen werde, die Etats des Ministeriums des Innern und der Domänenverwaltung von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Besonders der erstere dieser Gegenstände ist so ernst und wichtig, daß ich auch die Anwesenheit derjenigen Kollegen wünsche, welche augenblicklich zu Hause eiligeren Geschäften als hier zu haben glauben. Ich bitte daher um Annahme meines Antrages, wenn wir überhaupt noch beschließen können. Abg. Laßker und Loewe unterstützen den Antrag. An der Schwelle der Ferien in einem so spärlich besetzten Hause dürfte ein so wichtiger Theil des Budgets nicht berathen werden.

Präs. v. Forckenbeck: Die Bemerkungen der drei Redner enthalten den Zweifel, ob das Haus noch beschlußfähig ist. Ich halte mich dem Lande gegenüber für verpflichtet, durch Namensaufruf festzustellen, welche Abgeordnete zur Zeit der Erledigung ihrer häuslichen Angelegenheiten den Geschäften dieses Hauses vorgezogen haben. (Lebhafter Beifall.)

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 219 Mitgliedern, das Haus ist also noch beschlußfähig. Es nimmt hierauf den Antrag Windthorst auf Abbruch der Budgetberatung mit großer Majorität an und genehmigt in dritter Lesung und ohne Diskussion das Gesetz wegen Ermäßigung der Meß-Abgabe in Frankfurt a. D.

In der nunmehr folgenden ersten Verathung des Gesetzes, betr. die Aufhebung, beziehungsweise Ermäßigung gewisser Stempelabgaben, bedauert Abg. Eberth, daß anstatt der gänzligen Befreiung der Stempelgebühren für Geburts-, Tauf-, Aufgebots- u. s. w. Aktene nur eine Herabsetzung derselben auf 5 Silbergroschen in Aussicht genommen sei, damit seien die Schwierigkeiten bei Nachlassregulirungen, Trauungen und Verordnungen nicht beseitigt. Redner behält sich für die zweite Verathung die Einbringung eines darauf gerichteten Amendements vor.

Abg. Laßker ist für Ueberweisung des Gesetzes an die Kommission für das Erbschaftsstempelgesetz. Abg. Windthorst (Meppen) unterstützt diesen Antrag und empfiehlt der Kommission auch die Aufhebung des Zeitungsstempels ernstlich ins Auge zu fassen. Abg. Dunder macht dagegen darauf aufmerksam, daß diese Abgabe nicht auf dem allgemeinen Stempelgesetz, sondern auf besonderer gesetzlicher Vorschrift aus den fünfziger Jahren beruhe, also bei diesem Gesetze nicht in Betracht käme. Redner empfiehlt dagegen die Aufhebung des Kalenderstempels.

Das Gesetz geht an die Kommission für das Gesetz betr. den Erbschaftsstempel.

Da die Vorlagen, deren Erledigung im Plenum demnächst bevorsteht, theils von großer Wichtigkeit, wie das Gesetz betr. die geistlichen Straf- und Zuchtmittel und der Etat, theils erst neuerdings mit noch ungedruckten Motiven aus den Kommissionsberatungen hervorgegangen sind, so schlägt der Präsident vor, vor Weihnachten keine Sitzung mehr und die erste Sitzung nach den Ferien am 7. Januar 1873, 11 Uhr, abzuhalten, womit das Haus einverstanden ist. Auf die Tagesordnung werden die Etats des Ministeriums des Innern und der Domänen-Verwaltung, sowie eine Anzahl kleinerer Gesetze Entwürfe gesetzt.

Schluß der Sitzung: 3 Uhr.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 20. Dezember.

— Auf dem in Posen stattgehabten Vereinstage der schlesischen und posenschen Feuerwehren und Feuer-Rettungsvereine hatte der Verein zu Dels den Antrag gestellt, an den Reichstag eine Petition um Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes auf die Kommune, in deren Dienst Mitglieder der Feuerwehren und Feuer-Rettungsvereine bei Feuern verunglücken, zu richten. Der Vorort Breslau, mit der Verfolgung dieser Angelegenheit beauftragt, hat nun, wie die „Schles. Ztg.“ berichtet, eine diesbezügliche Petition nebst einem dahin zielenden Gesetzentwurf ausgearbeitet und an ungefähr 300 Vereine in Deutschland verandt. Von diesen haben sich bis jetzt 150 Vereine durch Unterschrift für diese Petition erklärt, 7 Vereine haben theils Aenderungen beantragt, theils ablehnend geantwortet. Gegen 120 Vereine haben überhaupt noch nicht geantwortet. Zu letzteren gehören von schlesischen Städten: Beuthen D.-Schl., Glog, Gohrau, Hoyerswerda, Königs- hütte, Liebau, Liegnitz, Löwenberg, Lüben, Neumarkt, Neustadt D.-S., Ohlau, Oppeln, Braunsitz, Schmiedeberg, Striegau, Trebnitz und Ziegenhals. Die Petition soll nächstens abgeschickt und in der Sache selbst mit dem Reichstagsabgeordneten für Breslau, Herrn v. Kirchmann, welcher zwischen Weihnachten und Neujahr nach Breslau zu kommen gedenkt, Rücksprache genommen werden.

— Die hiesige Garnisonschule, welche gegenwärtig noch etwa 50 Schüler zählt, wird zu Ostern 1873 geschlossen werden.

— Der Religionslehrer an dem katholischen Seminar in Paradies befindet sich, wie wir aus einer Korrespondenz der „Epen. Ztg.“ erfahren, in Disziplinaruntersuchung, weil er den Seminaristen in den Schulstunden Abschnitte aus Volandens konfiszirtem Nachwerk „Kreuz und Kelle“ vorgelesen hat. In Folge dessen wurde er vom Amte suspendirt, und wir vermuten, daß in der Seminarakte zu Paradies inzwischen kein Gottesdienst abgehalten wird. Auf diese Weise erscheint es allerdings sehr erklärlich, warum in dieser einzigen Kirche der Provinz der erzbischöfliche Hirtenbrief am 24. November nicht verlesen worden ist.

— Bezeichnend für die polnischen Verhältnisse ist, daß von dem Gebetbuche „zum süßesten Herzen Jesu“ innerhalb 14 Tagen 14,000 Exemplare verkauft wurden, während von den nützlichsten populärwissenschaftlichen polnischen Werken, die hin und wieder in Posen gedruckt worden, innerhalb 6 oder 8 Jahren keine 600 Exemplare abgesetzt sind und später als Makulatur verkauft werden müssen.

— In der Küche eines hiesigen Prälaten entstand am Mittwoch zwischen dem entlassenen und dem jetzigen Bedienten ein Streit, welcher schließlich derartig in Thätigkeiten ausartete, daß der ehemalige Bediente mit einem großen Messer seinem Amtsnachfolger mehrere Hiebe über den Kopf versetzte. Da der Uebelthäter glaubte, seinen Gegner „kalt gemacht“ zu haben, so ergriff ihn sogleich Reue, und begab er sich von dort auf das Bureau des Revier-Polizeikommissarius, wo er um seine Verhaftung bat, die auch erfolgte.

— Birnbaum, 17. Dezember. (Stadtverordnetenwahl. Kreistag.) Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl, zu der nur wenig Stimmberedigte erschienen waren, wurden von der III. Abtheilung in Stelle der Ausscheidenden, Kataster-Kontrolleur Schnadenburg und Kaufmann Heinke, die Kaufleute A. Rothbücher und J. Lange, und von der I. und II. Abth. die Kaufleute J. Marfus und J. Strich wiedergewählt. Von den 12 Stadtverordneten gehören wie bisher 7 der christlichen und 5 der mosaischen Religion an. — Am 14. huj. wurde hier ein Kreistag abgehalten. Zuerst erfolgte die Feststellung des Kreis-Kommunalkassen-Etats pro 1873 auf 19,585 Thl.

und daran schlossen sich die üblichen Wahlen. Bezüglich der beantragten Annahme der Landgemeindenverfassung von Seiten der Stadt Raabne, beschloß der Kreistag, sich für Einführung derselben in Raabne auszusprechen. In Betreff auf den hauffeemäßigen Ausbau der hirtbaum-drücker Landstraße auf Staatskosten wurde einstimmig beschloffen, die Erfüllung der sogenannten Nothwendigen Bedingungen, soweit die Landstraße den hiesigen Kreis berührt, überall zu erfüllen und außerdem, sofern die Erfüllung dieser Bedingungen unter dem Kostenbetrag von 15,000 Thalern bleibt, noch eine baare Beihilfe zu gewähren. Diese Bewilligungen wurden jedoch an die Bedingungen geknüpft, daß der Chausseebau selbst spätestens innerhalb zweier Jahre in Angriff genommen wird. Die erforderlichen Mittel sollen aus den dem Kreise gehörigen und zinslich angelegten Kapital von 36,000 Thalern entnommen werden. — Schließlich spricht der Kreistag seine Genehmigung aus, die Kosten zu den Vorarbeiten für eine direkte Eisenbahnverbindung zwischen Posen = K i r i n innerhalb des Kreises hirtbaum zu bewilligen, sobald die Bahnverbindung Posen = Barabau gesichert sein wird, und bedauert dabei, daß der Herr Minister nicht schon jetzt die Konzession für eine Bahn erteilt, welche den bisher gänzlich vernachlässigten Kreis in seiner ganzen Ausdehnung von Osten nach Westen durchschneiden würde.

XX **Kosten**, 16. Dez. [Veteran. Kreistag.] Unlängst wurde hier selbst auf dem evang. Friedhofe unter sehr zahlreicher Beteiligung aller Stände der letzte Veteran hiesiger Gegend aus den Freiheitskriegen, Namens Blasche, begraben. Derselbe wurde in der Völkerschlacht bei Leipzig schwer verwundet, kämpfte in den Schlachten bei Pigny und Waterloo u. a., 109 zweimal in Paris ein und nahm auch an der Verfolgung des ersten Napoleon hinter Paris Theil. 20. Blasche war nur wenige Tage krank und erreichte ein Alter von über 81 Jahren. Die Beerdigung erfolgte mit den üblichen militärischen Ehren. — Auf dem letzten hieselbst abgehaltenen Kreistage erschienen 40 Mitglieder der Mitternacht, 5 Vertreter der Städte, 4 Mitglieder der Landgemeinden. Wir haben einige Beschlüsse hervor. Im Hinblick darauf, daß mehrere Rittergutsbesitzer die Verpflichtung zu den Stellenbeiträgen der Lehrer bestreiten und den Rechtsweg beschreiten wollen, wurde einstimmig beschloffen, die Proposition von der Tagesordnung abzusetzen, ebenso wird der Antrag der Stadtkommune Kosten um Bewilligung einer Beihilfe zum Zweck der Erbauung eines Schulhauses für die gehobene Knabenschule abgelehnt. Es wird mit allen gegen 3 Stimmen beschloffen, dem Herrn Landrath Delsa für das Jahr 1873 300 Thlr. mit der Maßgabe zur Disposition zu stellen, daraus in den jetzigen Fällen, wo die Armut der Interessenten konstatirt, die realen Vermögensmäßigen Gebühren an die Hebamme zu zahlen. Mit 27 gegen 22 Stimmen beschließt der Kreistag, daß die dem Kreise nach dem Reichsgesetze vom 4. Dezember pr. zurückgestellten Gelder den Landweibfrauen-Unterstützungen unter die Dominien und Gemeinden nach Maßgabe der Steuer-Hauptsumme bei der Aufbringung vertheilt werden sollen.

? — **Neutontische**, 18. Dez. [Hopfen.] Täglich führen Unterhändler unserer Dile. Hopfen in bedeutenden Quantitäten zu, der von den Baiern, bei denen sich noch immer äußerst rege Kauflust bemerkbar macht, gern abgenommen und gut bezahlt wird. Sollte Kauflust und Nachfrage noch lange wie bisher anhalten, so werden die noch irgend vorhandenen Bestände in der Nähe und die in der Ferne bald geräumt sein und man wird auf 1871er Waare, wenn nicht noch weiter, zurückzukehren müssen. Die Preise stellen sich fort und fort sehr günstig. Hochfeine Primawaare bezahlte man pro Zentner bis 62 Thlr.; für Mittelwaare wurden 47—50 und für Waare letzter Qualität 34—40 Thlr. bewilligt.

§ **Notiz**, 17. Dezember. [Auszeichnung.] Die Kriegsgedenkmünze von Stahl am Nicht-Kombattantenbande ist folgenden Personen aus hiesiger Stadt verliehen worden: 1) den Herren Landrath Schöps, Oberbürgermeister Hausentner, Bürgermeister Lenz, Dr. Schneider, Pastor Kaiser, Major v. d. Groeben und Sanitäts-Rath Dr. Baumkewitz; 2) nachstehenden Damen: Frau Landrath Schöps, Oberbürgermeister Hausentner, Bürgermeister Lenz, Major v. d. Groeben, Pastor Kaiser, Apotheker Schumann, Kreisgerichts-Direktor Müller, Rechtsanwalt Matthäi, Major v. Bablonowski, Brauereibesitzer Günther, Kaufmann Gohn, Oberlieutenant von Beyer, Superintendent Altmann und Frä. Karoline Viebig.

O. **Schrimm**, 18. Dezember. [Stenographie. Dr. Geis.] Durch das Bemühen des hiesigen Gymnasiallehrers Dr. Englich hat sich unter den Schülern des Gymnasiums die Gabelberger'sche Stenographie verbreitet. Zur weiteren Fortbildung ist im Juni d. J. ein Verein unter Vorsitz des Dr. Englich konstituiert worden. — Die Wahl des Oberlehrers Dr. Geis in Halle, früheren Dirigenten der jetzt zum Gymnasium erweiterten hiesigen höhern Lehranstalt, zum Realschul-Direktor in Posen hat hier große Freude erregt.

Wohltätigkeitsaufführung.

Unser Stadttheater bot gestern Abend einen fast vornehmen Anblick dar. Bühne und Zuschauerraum zeigten etwas von „Galavorstellung.“ Die beste Gesellschaft Posen hatte sich vereinigt, um mitwirkend oder mitgenießend die Aufführung zu einer gelungenen und — einträglich zu machen, denn es galt für unsere unglücklichen Landsleute am Ostseestrande. Das Programm war reichhaltig und zugleich gewählt. Nach einem musikalischen Theil folgten lebende Bilder und darauf wieder mehrere Musikstücke, zwei lebende Bilder schlossen den genussreichen Abend. Wir geben zunächst unserem Musikreferenten das Wort: Imposante Streikräfte waren es, die ins Treffen geführt wurden, um die gestrige Aufführung siegreich durchzuführen. Beim Aufgehen des Vorhangs erschienen zunächst die drei hiesigen Infanterie-Militärkapellen zu einem einzigen großen Orchester mit einer Besetzung à la Wille vereinigt; fünf Kontrabässe, 12 erste Violinen, 4 Fisten u. bildeten den großen Konzertkörper. Die nach allen Seiten geöffneten Coulissen nahmen zwar einen Theil des Tonvolumens fort, verliehen aber dem Gange dafür eine eigenthümlich magische Färbung. Die „Leonorenouvertüre“ Nr. 3 von Beethoven (unter Dir. des Herrn Kapellmeisters Stossmann) eröffnete das Konzert und wurde vortrefflich exekutirt; ebenso die späterhin vorgesehene „Suite D-moll“ von Lachner, deren Aufführung sich als eine durch viele Proben geklärte, sehr

gelungene Leistung erwies und dem Dir. Herrn Kapellmeister Appold alle Ehre machte. Nicht minder großartig war der Eindruck, als man die überwiegende Mehrzahl der gesanglichen Kräfte Posen (unter Assistenz eines Orchesters mit geringerer Besetzung) Kopf an Kopf stehend auf unserer Bühne erblickte, auf der man sonst selbst bei Volksjungen u. ein großes Gedränge nicht grade liebt. Die Wahl der unter Herrn Bienwald's bewährter Leitung von Statuen gegangenen Piese: „Beim Sonnenuntergang“ von Niels W. Gade muß eine äußerst glückliche genannt werden. Die Komposition, nicht grade tief in der Konzeption, hat eine ausgezeichnete Faktur, umwoben von dem Zauber nordischer Schwermuth, welche diesem Tonkünstler eigen ist. Die Ausführung selbst war sehr korrekt und nuancirt.

Sehr gut gewählt waren auch die Solopiecen. Eine sehr geschätzte Dilettantin, Frau K., ließ uns Weber's Konzertstück F-moll auf dem Pianoforte hören, das begleitende Orchester folgte dabei dem sicheren Dirigentenstabe des Herrn Gülich. Ein Terzett aus dem „Nachtlager von Granada“ wurde von drei Mitgliedern unserer Oper gesungen. Herr Hauptmann v. F. erfreute uns durch seinen Vortrag zweier Lieder: „Du bist die Ruh“ von Franz Schubert und die „Lotosblume“ von Schumann. Besonders das letzte Lied ließ das wohlklingende Organ des Dilettanten zur schönsten Geltung kommen. Die Wiedergabe all' dieser Piecen zeigte ein inniges Kunstverständnis und reichte sich würdig dem oben Besprochenen an.

So viel über den musikalischen Theil der Aufführung. Nicht minder gelungen waren die „Lebenden Bilder“, um welche sich Frau v. W. und Herr Hauptmann v. F. besondere Verdienste erworben haben. Ueber den eigenthümlichen Zauber derartiger Schaustellungen, zumal wenn sie von Dilettanten bewirkt werden, hat sich Goethe in seinem Roman „Die Wahlverwandtschaften“ ausgesprochen. Wir kennen, daß wir durch die gestern vorgeführten Tableaux lebhaft daran erinnert wurden. Wir empfanden etwas von der beängstigenden Magie, welche die „belebte Starrheit“ derartiger Gruppen zu üben vermag. Der Eindruck wird natürlich um so tiefer und bedeutender sein, je charakteristischer und geschmackvoller die Bilder arrangirt werden, und in dieser Hinsicht können wir uns kaum erinnern, von Dilettanten Besseres gesehen zu haben als gestern geboten wurde. Jedesmal, so oft der rothe Vorhang von dem Rahmen der Bilder zurückgezogen wurde, schien sich uns ein Blick in eine der realen entgegengesetzte Welt zu eröffnen und die sanfte Begleitmusik trug nicht wenig dazu bei, diese momentane Illusion zu steigern. Wir sagen momentane Illusion — denn mit andern schönen Gaben sind auch lebende Bilder

„Nichtig wie des Blühes Schein,
Schnell in ihrem dunklen Grabe
Schließt die Nacht sie wieder ein.“

Es war ein glücklicher, freilich auch nachlässiger Gedanke in der Mehrzahl, solche Bilder zur Anschauung zu bringen, welche Seemanns-szenen zum Gegenstand hatten. Denn es wurde dadurch wenigstens eine äußerliche Beziehung zum Ostseestrande hergestellt, während das Schlußbild „Landgräfin Elisabeth“ die Wohltätigkeit symbolisirte, welche der Noth am Ostseestrande entgegenwirkt. Sollen wir sagen, welche von den Bildern „das misglückte Looseneramen“, „Aller Anfang ist schwer und der Abschied“, „des Seemanns Heimkehr“, „das Lied vom braven Mann“ und „Landgräfin Elisabeth“ uns ganz besonders gefallen haben, so sind dies „das verunglückte Looseneramen“, „des Seemanns Heimkehr“ und „Landgräfin Elisabeth“. Die Bilder folgten so aufeinander, daß jedes neue den Effekt erhöhte, bis die beiden letzten durch äußerst geschickt arrangirte Maschengruppen der Ueberraschungen schönste boten. Die Krone aller „Tableaux“ war unstreitig das letzte; reizende Gruppierung, elegante Kostüme und charakteristische Figuren zeichneten es aus, und die aristokratisch-stolze Erscheinung, welche die aristokratisch-milde Landgräfin vorstellte, gab dem Bilde einen anziehenden Mittelpunkt.

Alles in Allem: Das Ganze mußte selbst verwöhnten Ansprüchen genügen und sowohl die unternehmenden wie die mitwirkenden Kräfte, welche offenbar viel Zeit und Mühe darauf verwandt haben, können das schöne Bewußtsein hegen, daß, indem sie ein gutes Werk ermöglichten, sie den Wohltätigern einen genussreichen Abend bereiteten. Hervorheben müssen wir noch ein von Herrn Baleske künstlerisch ausgeführtes Programmkarten, welches so groß war, daß es allein schon beitragen wird, uns diesen Abend im Gedächtniß zu erhalten. r # 1.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die philosophische Fakultät der Universität Leipzig hat den ehemaligen in Dresden lebenden Finanzrath und jetzigen österreichischen Hofrath und Ministerialrath Max Maria v. Weber, die Doktorwürde verliehen. Es geschah dies in Anbetracht der vielen Verdienste, die sich derselbe durch Abfassung verschiedener, auf den Bau und den Betrieb der Eisenbahnen bezüglicher Bücher, sowie besonders durch die von ihm verfaßte Lebensbeschreibung seines berühmten Vaters Karl Maria v. Weber, erworben hat.

* Im Verlage von Franz Duncker ist so eben ein Abdruck der „Reiseordnung“ für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses erschienen, der sich durch bequemes Format und billigen Preis empfiehlt.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Die älteren in Deutschland geprägten Goldmünzen

sollen jetzt eingezogen werden, und diese Maßregel erstreckt sich, da sie die Goldmünzen noch nicht begreift, auf die preussischen Friedrichsd'or, die seit 1856 nicht mehr geprägt wurden, aber noch bis vor die Mitte des vorigen Jahrhunderts zurückreichen, die hannoverschen Pistolen und Dufaten, die kurhessischen Pistolen und die Dufaten der vor-maligen freien Stadt Frankfurt.

Ver mis ch tes.

* **Berlin**. [Eisenbahnunglück.] Am Sonntag Abend kamen auf dem Bahnhof Köpenick zwei Männer auf die Lokomotive des Frankfurter Lokalzuges, welcher um 9 1/2 Uhr in Berlin eintrifft, sich als Baumeister der Bahn ausgebend. Während der Fahrt vermisste mit einem Male der Lokomotivführer den einen der Männer und gab in der gewissen Annahme, daß er hinuntergestürzt sein müßte, sofort das Bremsignal. Als der Zug zum Halten gebracht war, wurde der Begleiter des Verunglückten zur Feststellung seiner Persönlichkeit in den Packwagen plazirt und nach dem Hinabgefallenen vergeblich gesucht; später wurde er als Leiche auf dem Bahntörper aufgefunden, der Zug hatte ihn überfahren und sofort getödtet. In Berlin angekommen, erkannte man in dem mitgebrachten angeblichen Baumeister den Zivil-Ingenieur Reimann aus der Wöhlert'schen Maschinenbau-Anstalt, der als seinen verunglückten Begleiter seinen Bruder, den Zigarrenfabrikanten Reimann, in der Neanderstraße, bezeichnete. Beide Herren waren in stark angebeitem Zustand auf den tollen Einfall gekommen, die Fahrt nach Hause auf der Lokomotive zu machen, was um so leichter auszuführen war, als der Ingenieur Reimann mit den Bahnverhältnissen genau vertraut ist und auch die Unfälle auf der Nieder-Schlesisch-Märkischen Eisenbahn sehr wohl kannte, daß die Baumeister z. d. Bahn, ohne sich erst so weit herabzulassen, sich dem Lokomotivführer gegenüber zu legitimiren, die Maschine besteigen können.

* **Interburg**, 16. Dezember. Seit gestern Vormittag setzt die Nachricht von einer in unserer Nähe vorgefallenen Mordthat unsern Ort in Aufregung. Was die „3. Ztg.“ darüber erfahren hat, ist folgendes. Am 12. Dezember Vormittags verließ der Forstleude Albert Rosenberger, ein junger Mensch von 17 Jahren, die Oberförsterei Badreien, um sich im Auftrage des Herrn Oberförsters Sachsenröder nach Interburg zu begeben und war derselbe daher ohne Waffen. Als man auf dessen Rückkehr längere Zeit vergeblich abwartet hatte, wurden nach seinem Verbleib Nachforschungen angestellt und beim Absuchen des Waldes die Leiche desselben, welche eine Schußwunde trug, gefunden. Die That ist auf dem Wege nach Interburg, also bei hellem Tage und in ganz unbedeutender Entfernung von der Oberförsterei geschehen, wo man sogar den Schuß will fallen gehört haben. Derselbe soll meuchlings und in so unmittelbarer Nähe abgefeuert sein, daß der Kopf davon verfeuert ist. Später ist die Leiche in das Dieficht geschleift, aber nicht beraubt worden. Man muthmaßt, daß dieser Mord der Racheakt eines Wilddiebes ist.

* **Stettin**, 17. Dezember. Gestern Abend um 6 Uhr ereignete sich in einer Schlosserverkstätte des „Vulkan“ ein bedauerlicher Unglücksfall. Der Schlossergeselle Schrammböhrer hatte eine Granate, die sich in zum Umschmelzen bestimmten alten Eisen befand, mit in die Werkstätte gebracht, um sie seinem Kollegen Ziegler, welcher Artillerist gewesen, zu zeigen. Beide hämmerten an der Granate herum, als sie explodirte und drei Menschen gefährlich verwundete. Dem Ziegler wurde die rechte Seite durch ein Granatstück zerrissen, Schrammböhrer der Oberarm eines Beines zerschmettert. Beide wurden ungesäumt nach dem Zillischer Krankenhaus befördert, doch erreichte ersterer dasselbe nicht mehr lebend. Ein dritter Arbeiter, der Schlossergeselle Schmidt, wurde an der Schulter verletzt. Als die Explosion erfolgte, erschollen sämtliche Gasflammen in der Werkstätte. (M. St. Ztg.)

* **Ein theures Autograph**. Als Richard Wagner in Wiesbaden weilte, wurde er, einem Wiener Blatte zufolge, von einem Autographensammler gebeten, unter eine Photographie seine Unterschrift zu setzen; er weigerte sich dessen nicht, präferirte für dieses Accept aber dem erstaunten Karikaturisten — zwei Patronatscheine zu 300 Thaler, welche ehrenhalber auch sofort honorirt wurden. (?)

* **Felicitas v. Bestvli** ist als Schriftstellerin aufgetreten. Die mündener Buchhandlung Karl Werhoff kündigt ihre „Memoiren“, 23 Bogen stark, an, in denen die modernen Bühnenszenen Europa's und Amerika's geschildert werden.

* **Eine Matratze als Wecker**. In Amerika hat ein Polsterer eine Matratze konstruirt, welche wie eine Uhr aufgezogen und dann auf jede Stunde gerichtet wird, um welche man aufzustehen wünscht. Zur bestimmten Stunde löst sich eine Feder, die Matratze wirft den Schlafenden sanft aus dem Bette und rollt sich dann, um weiteren Schlafgehilfen vorzubeugen, in schönster Ordnung zusammen.

* **Im Arrest verbrannt**. Ueber die Verbrennung einer Arrestantin im Meraner Bezirksgefängnisse berichtet die dortige Lokalzeitung: Die Unglückliche, Namens Anna Götsch, wurde nach ihrer Einlieferung gegen 5 Uhr Nachmittags in eine im 1. Stock befindliche Zelle des Bezirksgefängnisses gebracht; bei der hierauf folgenden Durchsuchung ihrer Kleidungsstücke wurde nichts Verdächtigendes vorgefunden. Anderen Morgens gegen 7 Uhr bemerkten die Einwohner des an das Gefängniß grenzenden Gebäudes einen heftigen Rauch, der durch das Gitterfenster der Zelle hindurchdrang. Sie schlugen Lärm, avisirten den Kerkermeister, die Zelle wurde geöffnet, undurchdringlicher Rauch und Qualm benahm den Eindringenden den Athem. Mit um den Mund vorgeschobenen Tüchern drangen zwei Hausnachbarn in die Zelle, suchten nach der Unglücklichen und stießen bald darauf auf den fast ganz verkohlten Leichnam. Die Wände des Fußbodens waren zu meist ausgebrannt, die Wände geschwärzt, von dem Lager der Verunglückten (zwei Strohlücke, Decke, Polster) nur kleine rauchende Ueberreste übriggeblieben. Auf die Meldung des Bezirksrichters eilte der Kreispräsident aus Bozen herbei, pflog persönlich umfassende Erhebungen, deren Resultat aber die Entstehung des Brandes nicht mit Gewißheit zu Tage gefördert. Man vermutet, die Inhaftirte, die geisteskrank und dem Trunke sehr ergeben war, habe mit einem Schwefelhölzchen, das sie bei ihrer Durchsuchung zu verbergen suchte, ihren Strohlack selbst angezündet.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

Mein Gut
Zerniki,
3/8 Meilen von Gnesen, 630 Morgen groß, fast durchweg Weizenboden, beabsichtige ich preiswürdig und unter soliden Bedingungen zu verkaufen.
Kunkel.

Ich beabsichtige mein Grundstück, an der Chaussee gelegen, Glowno Nr. 56, welches aus zwei massiven Wohnhäusern besteht, von welchen das größere sechs Zimmer, und das kleinere zwei Zimmer enthält, aus freier Hand unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen.
Franz Kalka,
Eigenthümer in Glowno.

Eine Villa
mit ca. 5 Morgen Garten, Wagen-Remise, Stallung u. a., acht Meilen von Breslau gelegen, ist Verhältnisse halber weit unter dem Kostenpreis zu verkaufen unter Umständen auch zu vermiethen. Zwischenhändler verboten. S. l. Offerten sub Chiffre N. 3033 befördert die **Annonc.-Expedition von Rudolf Umge in Breslau.**
Umgehabler beabsichtige ich meinen in frequenter Lage befindlichen Gasthof nicht zu bebuden unter guten Bedingungen zu verkaufen.
Isaac R. Schmitz in Pinn.
Sichere, nicht lästige Heilung aller syphilitischen (Geschlechts-) Krankheiten durch den homöopathischen Spezialarzt Dr. Heilbrunn zu Berlin, Jernsall, Strasse 27.

40—60 % Verdienst.
Zu meinem seit Jahren gut gehenden Lombard resp. Rücklauf-Geschäft suche ich einen stillen Theilhaber mit einigen Tausend Thalern, das Capital wird ich Kaufmann, besichende in königl. Werthpapieren, die Geldgeber in die Hände bekommt, sicher gestellt, sowohl der Verdienst garantiert. Adressen sub **O. O. 855** befördert die Annonc.-Expedition von **Hausenstein & Vogler** in Berlin.
Bei einer hiesigen Familie können anständige Ital. Kinder in Pension genommen werden.
Abt. unter **B. S.** Exped. dieser Zeitung zu erfragen.
Mehrere Stück fettes Rindvieh, stehen zum Verkauf in **Polen-Lissa**, Stadt Warschau.

Actiengesellschaft Sauchhammer
(vereinigte vormals gräflich Einsiedelsche Eisenwerke)
liefern:
Unregelmäßige mit verbesserter Construction.
Hauptniederlage, sowie Gratisversandt von Prospektten bei
S. J. Auerbach,
P o s e n.
11 St. Pfauen,
Hähne und Hühner, sind zu verkaufen.
Wituchowo b. Kwisz.
Helene Eckstein.

Das berühmte Originalwerk:
„Der Jugendspiegel“
sollte von Jung und Alt gelesen werden. Es enthält nützliche Belehrungen über die Erhaltung u. die Schwächen der Geschlechtsorgane für die, welche an den so erniedrigenden und traurigen Folgen der Selbstbefleckung leiden. Preis incl. Porto 17 Sgr. (1 Guld.) beim Verleger **W. Bernhardt**, Berlin, Simeonstr. 2.
Vor einer unter dem Titel „Jugendfreund“ erschienenen Nachahmung des berühmten Original- Meisterwerkes „Jugendspiegel“ wird wohlmeinend gewarnt!
Wilhelmspl. 10 eine Dachstube sofort zu vermieten.

Bekanntmachung.

Bei dem am 28. und 29. Oktober c. erfolgten öffentlichen Verkauf der in der hiesigen städtischen Pfandleihe anfallenden Pfänder hat sich für mehrere Pfandschuldner ein Ueberschuss ergeben.

Die Eigentümer der Pfandscheine Nr. 5672 bis Nr. 8218 werden hierdurch aufgefordert, sich spätestens bis zum

25. Dezember 1872,

bei der hiesigen städtischen Pfandleihe Kasse zu melden, und den nach Vertheilung des empfangenen Darlehens und der bis zum Verkauf des Pfandes aufgelaufenen Zinsen und Kosten nach verbleibenden Ueberschuss gegen Rückgabe des Pfandscheins und gegen Quittung im Empfang zu nehmen, widrigenfalls dieser Ueberschuss bestimmungswäßig an die städtische Armen-Kasse abgegeben und der Pfandschein mit den darauf begründeten Rechten des Pfandschuldners für erloschen erachtet werden wird.

Posen, den 13. November 1872.

Der Magistrat.

Submission.

Die an den städtischen Bauhöfen wie auf den städtischen Straßen und Plätzen im Jahre 1873 etwa 6.000 Stücken:

Maurer-, Zimmermann-, Tischler-, Maler-, Kleber-, Schmelzer- und Plaster-Reparatur-Arbeiten und Reparaturen wie

Eisenzeug-Reparaturen

sollen submittendo vorausgesetzt werden. Hierfür Reflektirende finden die beifolgenden Kostenanschläge und Bedingungen während der Amtsstunden im Bureau des Herrn Stadt-Inspektors Seidel ausliegen. — Ihre Gebote wollen sie ebendasselbe versiegelt und mit der Aufschrift: Submissions-Gebot auf die städtischen Maurer- u. Reparatur-Arbeiten c. pro 1873 bis spätestens zum

30. Dezember 1872,

Vormittags 11 Uhr, abgegeben. Nachgebote bleiben unberücksichtigt.

Posen, am 19. Dezember 1872.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Das Theater-Buffet soll für das Jahr 1873, im Wege der Submission vergeben werden.

Die vorliegenden Offerten sind bis zum

23. d. Mts.,

Vormittags 10 Uhr, in dem Stadt-Bau-Bureau auf dem Rathhause abzugeben, in welchem die Submissions-Bedingungen während der Dienststunden einzusehen sind.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

An der hiesigen vierklassigen Kadetten-Schule ist die Stelle des 4. Lehrers, mit 250 Thlr. Gehalt, zu Orlern i. J. anderweitig zu besetzen; auch ist an unsere Realschule die Stelle des Turnlehrers vakant. Lehrer, welche auch die Qualifikation für den Turn-Unterricht haben, werden deshalb ersucht, uns möglichst bald ihre Vorkenntnisse einzulegen. Für den Turn-Unterricht wird eine Remuneration von 120 Thlr. jährlich gewährt.

Kawitzsch, den 10. Dezember 1872.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Ottrowo, den 9. Dezember 1872.

Die Chausseegeld-Hebefelle zu Groß-Drasgobice, an der Provinzial-Chaussee von Ottrowo nach Breslau, soll vom 1. April i. J. auf 3 Jahre anderweitig an den Meistbietenden verpachtet werden.

Hierzu habe ich einen Termin auf

den 3. Januar fut.,

Vormittags 11 Uhr, hier anberaumt, zu welchem Pacht-lustige mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß nur diejenigen zum Bieten zugelassen werden, welche als dis-positionsfähig bekannt, oder sich durch amtliche Bescheinigung über ihre Dis-positionsfähigkeit ausweisen und eine Bü-telungs-Kautions von 200 Thlrn. be-stellen. Die Lizitationsbedingungen sind in meinem Bureau einzusehen.

Der Landrath

von Dallwitz.

Auction.

Montag, den 23. c., früh von 9 Uhr ab, werden im Auktionslokale, Magazinsstraße 1, bis:

Wäsche, Kleider, Haus- und Wirtschaftssachen u.

öffentlich versteigert werden.

Rychlewski,

königl. Auktionkommissarius.

Bekanntmachung.

Zur Verpachtung der Chausseegeld-erhebung der Hebefelle **Pronno** auf der Kottbus-Pudewitzer Provinzial-Chaussee an den Meistbietenden mit Vorbehalt des höheren Aufschlags auf drei Jahre vom 1. April 1873 ab ist auf

Mittwoch,
den 8. Januar 1873,

Vormittags 11 Uhr, im Bureau des hiesigen Landrats-amtes Termin anberaumt, zu welchem Pacht-lustige eingeladen werden. Dis-positions-fähige Personen, welche vor-her eine Kautions von 100 Thlr. depo-nsirt haben, werden zum Bieten zuge-lassen.

Die Pachtbedingungen können in der landrathlichen Registratur während der Dienststunden eingesehen werden.

Schroda, den 17. Dezember 1872.

Der Landrath.

Bekanntmachung.

Zur anderweiten Verpachtung der Chausseegeld-erhebung auf der Hebefelle bei Gattelsch, Kiffas-Strasens-Regen-stein-Brödingen-Chaussee, vom 1. April i. J. ab, auf drei Jahre, habe ich einen Termin auf

Freitag,
den 3. Januar 1873,

Nachmittags 4 Uhr, in meinem Bureau hierelbst einräumt zu welchem Pacht-lustige eingeladen werden. Die Pacht- u. Bedingungen können während der Dienststunden in meinem Bureau eingesehen werden. Bieter haben eine Kautions von 100 Thlr. baar, oder in annehmbaren Werth-papieren zu stellen.

Der königl. Landrath.

Bekanntmachung.

Ottrowo, den 7. Dezember 1872.

Höherer Anordnung zufolge soll die Chausseegeld-Hebefelle zu Banki an der Provinzial-Chaussee von Ottrowo nach Krotoschin vom 1. April fut. ab auf 3 Jahre an den Meistbietenden verpachtet werden.

Hierzu habe ich einen Lizitations-termin auf

den 3. Januar f. J.,

Vormittags 11 Uhr, hier anberaumt, zu welchem ich Pacht-lustige mit dem Bemerkten einlade, daß zum Bieten nur solche Personen zuge-lassen werden, welche schon als dis-positions-fähig hier bekannt sind, oder ihre Dispositions-fähigkeit durch amt-liche Bescheinigung nachweisen und eine Bü-telungs-Kautions von 150 Thlr. ein-legen. Die Pachtbedingungen liegen in meinem Bureau zur Einsicht offen.

Der Landrath

von Dallwitz.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in unser Handels-register werden im Jahre 1873 in der Deutschen Reichs-zeitung, in der Ber-liner Börsenzeitung, in der deutschen

Posener Zeitung

und im Dziennik Poznański zu Poser veröffentlicht werden.

Die auf die Führung des Handels-registers sich beziehenden Geschäfte wer-den von dem Kreisgerichts-Direkto-r Biernacki als Richter und den Kanzlei-Rath Kaschlaw als Sekre-tair bearbeitet.

Breslau, den 14. Dez. 1872.

Königl. Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Oberschlesische Eisenbahn.

Am 15. Dezember d. J. wird die hiesige Alala und Kreuz gelegene Haltestelle Drasgobice, auch für den Ver-kehr von Drasgobice nach der ermäßigten Tarifklasse in Wagenladungen öffent-lich für den Güterverkehr von resp. nach dieser Haltestelle gelangen in allen Fällen die Tariffätze der nächst vorlie-genden, resp. der nächstfolgenden Sta-tionen zur Erhebung.

Güterladungen nach Drasgobice wer-den nur frankirt, Güterladungen von Drasgobice werden nur unfrank-irt angenommen.

Breslau, den 12. Dezember 1872.

Königliche Direktion

der Oberschlesischen Eisenbahn.

13 3-jährige, fette

Stiere

stehen in Siemionken, Kr. Snowracław, zum Verkauf.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist sub Nr. 95 die Firma **Wolff Schmul** und als deren Inhaber der Kaufmann **Wolff Schmul** zu Janowitz zufolge Verfügung vom 11. dieses Monats eingetragen worden.

Bongrowiec, 11. December 1872.

Königliches Kreisgericht.

Steidl & Cie.

Inhaber und alleiniger Besitzer der
J. W. Dloffenbach'schen
Punsch-Fabrik, München,

$\frac{1}{2}$ u. $\frac{1}{1}$ Flaschen.  $\frac{1}{2}$ u. $\frac{1}{1}$ Flaschen.

Nur acht, wenn auf der Flasche obiges Wappen ersichtlich ist.

Die Punsche, als: Punsch-Romain, Imperial, Royal & Ananas, sind zu haben bei den Herren **Jacob Appel, Kaufmann, W. F. Mayer, Kaufmann, Cichowicz, Kaufmann, H. Wolkowitz, Conditor** in Posen.

Die Staatsbürger - Zeitung

Älteste, gegründet 1865, Schützenstraße 68, von **H. G. Daubig,** eines der gelesesten, billigsten und zugleich reichhaltigsten unter allen Berliner Organen,

hat sich unter ihrer neuen Redaction trotz der verhältnismäßig kurzen Zeit die Achtung und das Vertrauen des Publikums in hohem Grade erworben. Ein sprechender Beweis dafür ist die ungewöhnliche Zunahme unseres Leserkreises, der sich innerhalb des letzten Quartals um fast **zwei Tausend** Abonnenten vermehrt hat, so daß die Zahl derselben sich auf nahe

15.000 Leser stellt. Obwohl der vierteljährliche Abonnementspreis, einschließlich des Bringerlohns, nur 1 Thlr. 15 Sar. beträgt, so kann unsere Zeitung doch in Bezug auf Billigkeit und Reichhaltigkeit des Materials selbst mit den großen Zeitungen concurrenz halten, deren Abonnementspreis fast das Doppelte ausmacht.

Politik, Gemeinde-leben, Volkswirtschaft, Han-del und Industrie, Kunst, Li-teratur und Feuilleton, mit einem Worte, alle Rubiken, die man in dem größten Weltjournal findet, sind auch in unserer Zeitung reichhaltig und würdig vertreten.

Zudem haben wir für das nächste Quartal den neuesten Roman von **Miß Braddon,** einer der berühmtesten Romanistinnen Eng-lands erworben, der bei seinem Erscheinen großes Aufsehen gemacht hat.

Populär im edlen Sinne des Wortes, d. h. Klarheit und Gründ-lichkeit verbindend, hält sich unsere Zeitung von allen verschrobenen und nichtslagen Theorien fern, indem sie allein den Eingebungen des ge-sunden Menschenverstandes folgt und den Fortschritt mit ruhiger Energie, aber auf legalen Wege, erstrebt.

Deutschland
über Alles und ein rascher
freieitlicher Ausban unserer
staatlichen und communalen
Zustände ist unsere Forderung. Da wir den landwirth-schaftlichen Verhältnissen, ihrer Wichtigkeit entsprechend, eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden, so eignet sich unsere Zeitung insbesondere auch für das landwirthschaftliche Publikum.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ erscheint wöchentlich **siebenmal,** also auch des Montags und an zweiten Feiertagen.

Man abonniert auf dieselbe bei allen kaiserlichen Postanstalten und in Berlin bei den Zeitungs-Expeditoren. Um Verwechselungen zu vermei-den, wolle man bis zu der von uns **für später be-abstichtigten Titelveränderung** bei der Pränumeration auf die „Staatsbürger-Zeitung“ den Zusatz **Älteste, Daubig'sche, Schützenstraße 68,** hinzufügen.

Die Redaction und Expedition.
Bentner. **Colln.**

Tuchschuhe mit Kreftsohlen werden dauerhaft verfertigt auf St. Martin 15; ich bitte meine geehrten Kunden, auf die Firma zu achten.

Wilhelm Geissen,
Tuchschuhmacher.

Mohn, weiß und blau, gemahlen u. ungemahlen, empfiehlt die Vorlofhand-lung von **A. Hoffmann, Kleber- u. Bleigeh.-Gde Nr. 19.**

Zum Weihnachts-Ausverkauf

stellen zu herabgesetzten Preisen sämtliche Luxusartikel und empfehlen namentlich Punschbowlen, Tafelaufsätze, Kaffeefervice u. s. w. als nützliche Geschenke.

Die Niederlage der Berliner Porzellan-Manufaktur-A.-G., früher **F. Adolph Schumann** bei **W. Kiliński & Co., Neuestraße Nr. 5.**

Die gewünschten Reichs-Bierseidel sind soeben angekommen.

Water-Closets,

hermetisch verschlossen, in neuester Construction, empfiehlt zu billigsten Preisen

H. Klug,

Friedrichstr. 33.

Höchst wichtig für Dampfkesselbesitzer.

Ein hierorts erprobtes, un-trüglisches Mittel gegen Kessel-stein sendet das unterzeichnete Dominium gegen Einsendung von 10 Thalern unter Ga-rantie ein.

Das Dominum Schoden,
bei Schoden.

10 Stück gute Harzögel, sich eignend zu Weihnachtsgeschenken, sind feil Breite-straße 28, 1 Tr. bei **Knothe.**

Lyoner

Couleurte Seidenstoffe,
in den neuesten Abendfarben,
Schwarze Seidenstoffe,
unter Garantie der Haltbar-keit, empfiehlt

Die **Sammet- und Seiden-**
Waaren-Handlung

von **Mr. 1. E. Tomski,**
Neuestraße Nr. 1.

Mäntel,
Costumes,
Supons,
Morgenröcke,
Baschli's,
Kleiderstoffe,
Cachenez

verkaufe bis zum Weihnachtsfeste zu jedem nur annehmbaren Preise.

Mr. 1. E. Tomski,
Neuestraße.

Puppen

empfehlen zu billigstem Preise

E. Lanz,

Wilhelmsstraße 17.

F. Fromm,
Posen, Friedrichstr. 36,

empfehlen zu den bevorstehen-den Feiertagen sämtliche Colonial-Waaren zu den bil-ligsten Preisen.

Aufträge nach Außerhalb werden schnell effectuirt.

2 Zimmer, Küche u. Zubehör, part., ongkewjahr zu verm. Näh. Gr. Gerber-strasse 43, beim Wirth.

Für ein Rittergut in der Nähe von Posen wird eine tüchtige Wirthin und ein unverheiratheter Gärt-ner zum 1. Januar gesucht. Adresse zu erfragen in der Expedition dieser Zeitung.

Ein junger Mann aus guter Familie, mit guten Schulkenntnissen, kann als Beurling eintreten bei **Hill & Richter.**

Seit dem 16. d. M. habe ich den **Billet-Verkauf** für den Volksgarten aufgegeben.

R. Neugobanor.

Heute Abend Bratke und morgen frische Wurst bei **Ludwik Greykowski,** Breslauer- und Taubensfr.-Gde.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag den 22. Decbr., Vormittags 10 Uhr: Herr Super-intendent Klette. — Nachmittags 2 Uhr: Herr Prediger Büttner.

Dienstag den 24. Decbr., Abends 5 Uhr, Christnacht, Herr Superint. Klette.

Mittwoch den 25. Dec. (1. Weih-nachtsfeiertag), Vormittags 10 Uhr: Herr Superintendent Klette. — Nachmittags 2 Uhr: Herr Prediger Büttner.

Donnerstag den 26. December (2. Weihnachtsfeiertag), Vormittags 10 Uhr: Herr Prediger Büttner. — Nachm. 2 Uhr: Herr Superintendent Klette.

Petrkirche. Sonntag den 22. Decbr., früh 10 Uhr, Predigt: Herr Konfist.-Rath Dr. Goebel. — Abends 6 Uhr: Herr Diaconus Goebel.

Dienstag den 24. Dec., Nachmitt. 4 Uhr, zur Christnacht: Liturgischer Gottesdienst: Hr. Dial. Goebel.

Mittwoch den 25. Dec. (1. Christ-tag), früh 9 1/2 Uhr, Vorbereitung zum heil. Abendmahl. — 10 Uhr, Predigt: Herr Konfist.-Rath Dr. Goebel. (Abendmahl.) — Abends 6 Uhr: Herr Diaconus Goebel.

Donnerstag den 26. December (2. Christtag), früh 10 Uhr, Pre-digt Herr Konfist.-Rath Dr. Göbel.

St. Pauli-Kirche. Sonntag den 22. December, Vormittags 9 Uhr, Ab-endsmahlfeier: Herr Pastor Schlecht. — 10 Uhr, Predigt: Herr General-Superintendent D. Cranz. Abends 6 Uhr, Gottes-dienst: Herr Konfist.-Rath Reichard.

Dienstag, den 24. Decbr., Abends 6 Uhr, (Christnacht), Herr Konfist.-Rath Reichard.

Mittwoch, den 25. December, (1. Weihnachtsfeiertag) 9 Uhr, Ab-endsmahlfeier Herr Pastor Schlecht. — 10 Uhr Predigt Herr Konfist.-Rath Reichard. — Abends 6 Uhr Herr Pastor Schlecht.

Donnerstag den 26. December (2. Weihnachtsfeiertag), 9 Uhr Ab-endsmahlfeier Herr Konfist.-Rath Reichard. — 10 Uhr Predigt Hr. Pastor Schlecht.

Garnisonkirche. Sonntag den 22. December, Vormitt. 10 Uhr: Herr Divisions-Pfarrer Dr. Stein-wender.

St. Kath. Gemeinde. Mittwoch, 25. Decbr., (1. Weihnachtsfeiertag), früh 6 Uhr, Christmette Herr Pastor Kleinwächter. Vorm. 10 Uhr Herr Pastor Kleinwächter.

Donnerstag, den 26. December Vormittags 9 1/2 Uhr Pastor Klein-wächter.

In den Pfarochen der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 6. bis 13. December:

getauft: 7 männl., 1 weibl. Pers., gestorben: 1 männl., 8 weibl. Pers., geiraut: 1 Paar.

Familien-Nachrichten.

Statt besonderer Meldung. Gestern Nachmittag 4 1/2 Uhr wurde meine liebe Frau Rosalinde, geborene Paulh, von einem Knaben glücklich entbunden.

Max Kantorowicz.

Heute Mittag um 1/2 Uhr wurde meine liebe Frau Ida, geb. Scholz, von einem kräftigen Mädchen glücklich entbunden, was allen Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Mel-dung, angezeigt

Louis Schmaha,
Rechtsanw.

Ottrowo, den 18. Dez. 1872.

Stadt-Theater.

Sonntag: Leptus Gaskpiel des Br. v. Bogdani. **Paulh.**

Margarethe: Hl v. Bogdani.

Volksgarten-Theater.

Heute Freitag: (Vorstellung ohne Tabaksmahl.) Zum ersten Male, mit neuen Decorationen, Maschinen und Kostümen:

„Dampfkönig.“

Alle Sonnabend, wie auch diesen, zum Abendbrot **Eisbeine** bei **E. Herbig,** Berlinerstr. 27.

Jeden Sonnabend **Eisbeine** bei **Leo Gertig.**

Gehör: Del d. Apotheke Meit
Gerodorf, Sachsen: Cw.
B. erlaubt mir über Ihre wirklich vor-
treffliche Ohrlösung zu berichten: In vielen
Fällen, wo ich es angewendet, besonders
nach rheumatischen, Nervenleiden und
Scharlach zurückgebliebenen Schwerhörig-
keit habe ich theils radikale Heilungen
(auch bei 1 Kinde!) theils aber weichen-
liche Besserung beobachtet etc. Dr. Dr.
Stark, k. k. preuß. Stabsarzt a. D.
in Berlin. Sie haben mit 380 Mark-
schen von G. Heiten in Posen bei
S. Menzel.

Ein gewandter Laufbursche kann
sich melden bei
Schneider & Gaertel,
Wasserstr. 28.

Früh geschossene Rehe, sowie Reh-
teulen und Rehziemer, empfiehlt
die **Böhmische Obst-Niederlage**
Wilmshofstraße 1,
Stern's Hotel.
Sonntag, als den 22. die-
ses Monats, empfangen einen
großen Transport
Hasen, Rehe, Hirsch,
Wildschwein
und nehme Bestellungen zu
dem Feste entgegen.
F. Fromm,
Friedrichstraße 36.

Kutschwagen-Verkauf.
Einganz bedeckter, vierstübriger
Kutschwagen, in gutem Zu-
stande, ist zu verkaufen. Näh.
beim Schlosskafellan **Sonst-**
leben im hiesigen Regierungs-
Gebäude.
Frühe Kieler Speck-Vück-
linge, Sprotten, Goldbutten,
Weiser-Lachs, ger. und mar.
Alal empfiehlt
E. Schmidt,
Breslauerstr. 13.

Spielwaaren-
Ausverkauf
bei **S. R. Kantorowicz,**
Als
passendes Weihnachtsgeschenk.
Kölner Dombau-Loose.
Hauptgewinn:
25,000 Thlr.,
deren Ziehung am 16. Jan. 1873
stattfindet, sind a 1 Thlr. in der Ex-
pedition der „Posener Zeitung“
zu haben

Der neue Strumpelpeter.
Preis 15 Sgr.
Brillant in Farbe und ausge-
führtes Bilderbuch.
Verlag von
Joseph Jolowicz
in Posen, Markt 74.
Neuen weißen und blauen
Mohn,
gemahlen und ungemahlen, offeriren
Louis Peiser Söhne,
Capitelplatz 7.

Ein im Boizfach geübter, der
polnischen Sprache mächtiger
Bürogehilfe,
findet Stellung sofort, oder mit dem
1. Januar k. bei dem Distrikts-Rom-
miffarius
Castner in Schubin.
Ein Lehrling
findet Stellung bei
Glückmann Kalliski.
Eine kleine weiße Hündin, (Seiden-
pitz), auf den Namen Zampa hörend,
ist verloren gegangen. Der Wieder-
bringer erhält eine angemessene Beloh-
nung **Neust. Markt 3 2 Treppen**

Börsen-Telegramme.

1 3/4 G., Nordb. Bundesanl. —, Marktisch-Polener Eisenb.-St. Aktien 49 1/2 bz.,
russ. Bundesanl. 82 1/2 bz. ausland. do. 99 1/2 G. Teils Aktien (Branst)
Schlapowski Plater & Co.) 113 1/2 bz., Ostb. Bank 105 bz., Ostdeutsche Produkt.
Bank 90 G., Prov.-Wechs. u. Disz.-Bank 100 1/2 G., Aktien Kwickel, Potocki
& Co. 94 B., poln. 4proz. Liquidationsbriefe 64 1/2 B.

Privat-Cours-Bericht.	
Posen, 20. Dechr. Tendenz: Fest.	
Deutsche Fonds.	
Posen. 3proz. Pfandbr.	90-91 bz. G.
dito 4proz. Pfandbr.	88 1/2 bz.
dito 4proz. Rentenbr.	91 1/2 bz.
dito 5proz. Prov.-Dbl.	100 1/2 bz.
dito 5proz. Kreis-Dbl.	100 bz.
dito 4proz. Kreis-Dbl.	91 B.
dito 4proz. Stadtblg.	88 G.
dito 5proz. Stadtblg.	100 bz.
Nordb. Bundesanl.	—
Preuß. 4proz. Konfols	—
dito 4proz. Anleihe	—
dito 3proz. Staatsb.	90 B.
Röln-Mind. 3 1/2 pr. Pr.-E.	—
Ausländische Fonds.	
Amer. 6proz. 1882 Bonds	—
dito dito 1886 Bonds	—
Deferr. Papier-Rente	60 1/2 G.
dito Silberrente	63 1/2 G.
dito Loose von 1860	93 G.
Italienische Rente	65 B.
Russisch-engl. 1870er Anl.	93 1/2 G.
dito dito 1871er Anl.	90 B.
Russ. Bodenkredit-Pfbr.	89 1/2 G.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	63 1/2 G.
Länd. 1865 5proz. Anl.	51 1/2 G.
dito 1869 6proz. Anl.	63 B.
Türkische Loose	174 B.
Russische Noten	82 bz.
Österreichische Noten	91 1/2 bz.
Bank-Aktien.	
Berliner Bankverein	—
dito Bank	—
dito Produkt.-Handb.	—
dito Wechsel-Bank	62 1/2 G.
Breslauer Diskontobank	128 1/2 G.
Berliner Disk.-Komm.	—
Central-Genoss.-Bank	—
Deutsh. Hyp.-Bk. Berlin	—
Centralb. f. Ind. u. Hand	109 G.
Kwickel, Bank f. Edw.	94 B.
Meininger Kreditbank	—
Deferr. Kredit	20 1/2 bz.
Österreichische Bank	105 bz. G.
Eisenbahn-Aktien.	
Aachens-Mastricht	—
Bergisch-Märkische	—
Berlin-Görlitzer St.-A.	—
Böhmische Westbahn	105 B.
Brest-Grajewo	—
Crefeld, Rr. Kemp. Spr.	—
Röln-Mindener	166 1/2 G.
Galizier (Carl-Ludwig)	103 1/2 G.
Halle-Serau-Guben	60 G.
dito Stammprior.	—
Hannover-Altenbeden	72 1/2 G.
Kronprinz-Rudolphsb.	76 1/2 G.
Küttich-Eimburg	—
Märkisch-Pol. St.-Akt.	49 1/2 bz. G.
dito Stamm-Prior.	78 1/2 G.
Magd.-Halberst. 3 1/2 pr. B.	—
Deferr. Franz. Staatsb.	—
Deferr. Südb. (Komb.)	—
ultimo	112 B.
Ostpreuß. Südbahn	—
Rechte Oderuferbahn	—
Reichenberg-Paraditz	—
Rhein-Nabe	39 1/2 G.
Schweizer Union	24 G.
dito Westbahn	47 1/2 G.
Stargard-Posen	100 B.
Rumänische	43 1/2 G.
Berlin-Dresden Stamm	—
Industrie-Aktien.	
Marienhütte	—
Kedenhütte	—
Berl. Holzkomptoir	107 G.
Berl. Viehhof	—
Goffmann Waggonfabr.	—
Euchhammer	109 1/2 B.
Pos. Bierbrauerei	100 G.
Laurahütte	—

HM. Posen, 20. Dechr. In der gestrigen Sitzung des Abgeordneten-
hauses beleuchtete der Bankpräsident v. Dechend die Situation der Preuß.
Bank und die Lage des Geldmarktes was nicht verschlen wird, auf die
Lage einen günstigen Eindruck zu machen und die Panik der letzten Tage,
deren nachtheilige Folgen über die Börse hinausreichen, Einhalt zu thun
Man erfährt aus den Worten des Bankpräsidenten, daß die Restriktionen
durchaus nicht in dem Maße geübt worden seien, wie man allgemein an-
nahm. und daß sie überhaupt nur gegen sogenannte Wechsellas gebraucht
wurden, um eine Gefährdung des gesunden Wechselkredits zu verhindern
Trotz des enorm gestiegenen Notenumlaufs auf 301 Millionen (gegen 213 1/2
Mill. gleiches im Jahre 1871 und 176 1/2 im Jahre 1869) ist die Lage
der Bank günstiger als irgend eine andere Staatsbank da die Metalldeckung
der Noten über 58 pCt. beträgt. Wenn die Gründungen und die Ueber-
spekulationen schwinden werden, welche übrigens nur durch Restriktionen und
nicht durch eine den gesunden Verkehr treffende Diskontobhöhung unterdrückt
werden können, wird auch der Geldmarkt sich bessern, voraussichtlich schon
im Januar, da in diesem Monate ca. 30 Millionen gefändigte Bundesanleihe
und eine gleiche Summe Dividenden fällig werden, deren Erlös dem Ver-
kehr zufließen.

Man kann also als sicher voraussetzen, daß die durch die Börse ge-
schaffene Kalamität bald schwinden werde, um einer gesunden wirtschaftlichen
Entwicklung Platz zu machen.

Posener Marktbericht vom 20. Dezember 1872.

		Preis.					
		Höcker		Mittlerer		Niedriger	
		Th.	Sgr.	Th.	Sgr.	Th.	Sgr.
Weizen fein	per 42 Kilogr.	3	18	3	13	3	10
mittel		3	8	9	3	7	6
ordinär		3	5	—	3	2	6
Roggen, fein	40	2	9	—	2	8	—
mittel		2	6	3	2	5	—
ordinär		—	—	—	—	—	—
Große Gerste	37	1	27	6	1	23	6
Kleine		1	25	—	1	22	6
Hafer	25	1	9	—	1	3	—
Rothweizen	45	2	6	3	2	5	—
Butterweizen	37	2	2	6	2	1	3
Winter-Rüben		—	—	—	—	—	—
Raps		—	—	—	—	—	—
Sommer-Rüben		—	—	—	—	—	—
Buchweizen	35	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	50	—	—	—	—	—	—
Biden	45	—	—	—	—	—	—
Eupinen, gelbe	45	—	—	—	—	—	—
blaue		—	—	—	—	—	—
Rothweizen	50	—	—	—	—	—	—
Weizen		—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Börse zu Posen

am 20. Dechr. 1872.

Fonds. Posener 3 1/2 Proz. Pfandbriefe 92 G., do. 4 1/2 neue do. 88 1/2 bz.,
do. Rentenbr. 91 1/2 G., do. Prov.-Bankaktien 113 B., do. 5proz. Prov.-
Dbligat. 100 1/2 G., do. 6 1/2 Proz. Kreis-Dbligat. 100 bz., do. 5 1/2 Proz. Ober-
dbligat. 100 G., do. 4 1/2 Proz. Kreis-Dbligat. 92 G., do. 4 1/2 Proz. Stadtbl. II. Em. 88 G.,
do. 5 1/2 Proz. Stadtbl. 100 1/2 bz. preuß. 3 1/2 Proz. Staatsb. 89 1/2 G., preuß.
4proz. Staatsanl. 94 1/2 G., 4 1/2 Proz. freiw. do. 102 1/2 G., do. 3 1/2 Proz. Präm.-Anl.

Amlicher Bericht. Roggen (per 20 Centner). Ründigungs-
preis 5 1/2 pr. Dechr. 54-54 1/2. Dechr.-Jan. 1873 54-54 1/2, Januar-
Februar 54-54 1/2, Febr.-März 54-54 1/2, März-April —, Frühjahr 54 1/2,
Mai-Juni 54 1/2-1/2.
Spiritus [mit Saß] (per 100 Liter = 10,000 pCt. Eralles). Ründi-
gungspreis 17 1/2. Gefändigt 50 000 Liter. pr. Dechr. 17 1/2-17 1/2, Jan-
uar 17 1/2, Februar 17 1/2, März 17 1/2, April 18, Mai 18 1/2.

Posener Privat-Marktbericht vom 20. Dezember 1872.

Weizen:	feiner	92-96 Thlr.
offerirt.	mittel	84-88
	ordinär und defekt	72-80
Roggen:	feiner	58-59
niedriger.	mittel	55-56
	ordinär	53-54
Gerste:	feine	46-48
matt.	mittel und ordinär	42-45
Beisamen:	75-80	
behaupet.		
Hafer:	feiner	28 1/2-29 1/2
offerirt.	mittel und defekt	26-27 1/2
Erbsen:	Roth-	54-56
flü.	Butter-	48-50
Delfaaten:	Raps	99-102
beacht.	Rüben	98-100
Biden:		
Klee:	roth	
	weiß	
Buchweizen:		47-50
behaupet.		
Eupinen:	gelbe	32-34
flau.	blaue	30-32

[Privatbericht.] Wetter: trübe. Roggen (per 100 Kilogr.)
feiner. Ründigungspreis 54 1/2 pr. Dechr. 54 1/2 bz. u. G., Dechr.-Januar do. Jan-
Febr. do., Frühjahr 54 1/2 bz. u. G., April-Mai do., Mai-Juni 54 1/2-54 1/2 bz. u. B.

Druck und Verlag von M. Deder & Co. (F. Häppl) in Posen.

Spiritus (pr. 10,000 Liter pr. 100 pCt.) verhandelt. Ründigungspreis 17 1/2
Gefändigt 50 000 Liter. pr. Dechr. 17 1/2 bz. u. G., Januar 17 1/2 bz. u. G., Februar
1 1/2 bz. u. G., März 1 1/2 bz. u. G., April 17 1/2 bz. u. G., April-Mai 18 1/2
u. B., Mai 18 1/2 bz. u. G., Juni 18 1/2 B., Juli 18 1/2 B.

Breslau, 19. Dezember. Auf Grund hoher auswärtiger Notirungen
eröffnete die heutige Börse in anmüthiger Stimmung sowohl für Spekulations-
Papiere, als für einheimische Werthe. Das Hauptgeschäft fand in Kredit-,
Lombarden und Laura Markt, während die anderen Effekten nur in sehr er-
mäßigtem Maße waren. Deferr. Kredit 201 a 200 1/2 a 201 1/2 bz. bz. bz.
Lombarden 111 1/2 a 1 1/2 bz. Franzosen 2 1/2 G. Banken erhoben sich gegen
gehen um ca. 2 pCt., blieben jedoch gegen Börsenschluß zur Notz offerirt.
Von Industriepapieren waren einzig und allein Laura recht lebhaft; die-
ben eröffnete 219 und wurden durch Diskontationskäufe bis 222 1/2 pouffirt;
mußten jedoch von ihrer höchsten Notiz 1 pCt. abgeben. Gegen Börsenschluß
ermattete die Stimmung in Folge niedriger Berliner Anfangs-Kurse und
wurden Kredit a 200, Lombarden a 111 bz., wozu sie angeboten blieben.
Prämien per Januar sehr gesucht jedoch ohne Abgaben. Kredit 205 — 4,
Lombarden 116 1/2 — 3, Franco 205 — 4, Schlüssler Bank Verein 170 —
3, W. H. Bank 139 — 3, Diskontobank 125 — 3, Moller-Bank 163 —
4, alles Geld-Kurse.

Produkten-Börse.

Berlin, 19. Dezember. Die Marktpreise des Kartoffel-Spiritus
per 10,000 Liter (pr. 100 B. a 100 pCt.) nach Eralles, frei hier ins Haus geliefert
waren auf folgendem Plage am

13. Dezember	18 Rt. 7-8 Sgr.
14. "	18 Rt. 8 Sgr.
16. "	18 Rt. 6-8 Sgr.
17. "	18 Rt. 4 Sgr. b. 17 Rt. 29 S.
18. "	18 Rt. 1-8 Sgr.
19. "	18 Rt. 12-8 Sgr.

Die Kellereien der Kaufmannschaft von Berlin.

Magdeburg, 18. Dezember. Weizen 75-81 Rt., Roggen 59-61 Rt.
Gerste 54-74 Rt., Hafer 46-60 Rt. für 2000 Pfd. (B. u. Pds.-B.)

Rönnigsberg, 18. Dechr. (Amlicher Produktensbericht. In Quantitäten
pro Tonne von 2000 Pfd. Bollgewicht.) — Weizen loto flü. hochbun-
ter 80-86 Rt. B., bunter 74-80 Rt. B., rother 74-80 Rt. B. — Rog-
gen loto niedriger, inländischer 46-53 Rt. B., loto russischer 43-50 B.,
pro Dechr. — Rt. B., — G., Frühjahr 1873 51 B., 50 G. — Gerste loto
große 42-52 Rt. B., kleine 42-52 B. — Hafer loto 33-42 Rt. B., pro
Frühjahr 1873 42 B., 41 G. — Erbsen grüne schwer veräußlich, loto weiß
43-46 Rt. B., grau 50-63 B., grüne 45-60 B. — Bohnen loto flau
43-48 Rt. B. — Widen loto flau 25-38 Rt. B. — Beinsaat loto fetter
80-90 Rt. B., mittel 65-80 Rt. B., ordinäre 45-65 Rt. B. — Rübsaat
loto pro 200 Pfd. 93-102 Rt. B. — Kleesaat, loto rothe pro 200 Pfd.
— Rt. B., weiße — B. — Thymothem loto pro 200 Pfd. 18-20 Rt. B.
— Rübsöl loto pro 100 Pfd. ohne Saß 11 1/2 Rt. B. — Feinöl loto pro 100
Pfd. ohne Saß 13 Rt. B. — Rübsölchen pro 100 Pfd. 2 1/2-2 1/2 Rt. B. —
Feinölchen pro 100 Pfd. 2 1/2-2 1/2 Rt. B.

Spiritus-Bericht. Spiritus loto ohne Saß per 100 Litres pro 100
pCt. Eralles und in Posen von mindestens 5000 Litres loto ohne Saß 17 1/2
Rt. B., 17 1/2 G., Dechr. ohne Saß 17 1/2 B., 17 1/2 G., Frühjahr do. 19 B.,
18 1/2 G.

Breslau, 19. Dezember. (Amlicher Produktens-Preisbericht vom 19. Dechr.)
Offiziell gefändigt: 1000 Ctr. Roggen und 35 000 Liter Spiritus.
Kleesaat rothe, matt, ordinär 11 1/2, mittel 12-13, fein 14-14 1/2,
hochfein 15-15 1/2 Rt. — Kleesaat, weiße, ruhiger, ordinär 12-14, mittel
16 1/2, fein 18-20, hochfein 20 1/2-22 Rt. — Roggen (p. 1000 Kilos) fest,
pr. Dechr. 58 1/2-59 bz. u. G., Dechr.-Jan. 57 1/2 G., April-Mai 57 bz. — We-
izen per 1000 Kilos pr. Dechr. 55 B. — Gerste per 1000 Kilos pr. Dechr. 52 G.
— Hafer per 1000 Kilos pr. Dechr. 43 B. — Raps per 1000 Kilos pr. Dechr.
104 G. — Rübsöl pro 100 Kilos matt, loto 22 1/2 Rt. B., pr. Dechr. u. Dechr.-
Jan. 21 1/2 B., Jan.-Febr. 22 1/2-22 bz., neue Ufsance 22 1/2 B., April-Mai 23 1/2
23 bz., neue Ufsance 23 1/2 B., Mai-Juni neue Ufsance 24 1/2 B., Sept.-Okt. neue
Ufsance 24 1/2 B. — Spiritus pr. 100 Liter a 100 pCt., ruhiger, loto 18 1/2 B.,
1 1/2 G., pr. Dechr. 18 1/2 bz. u. B., Dechr.-Jan. —, April-Mai 1873 18 1/2 B.,
Mai-Juni —, Juni-Juli —, — B. ohne Ufsang.
Die Börse-Kommission.

Breslau, den 18. Dechr. (Landmarkt.)

		In Thlr., Sgr. und Pr. pro 100 Kilogramms.					
		feine		mittlere		ord. Waare.	
Bestandtheile der Stadt-Deput. Markt-Deput.	Weizen m.	9	2	8	9	7	—
	do. s.	8	12	—	—	6	24
	Roggen	6	4	—	—	6	14
	Gerste	6	12	—	—	4	23
Bestandtheile der Stadt-Deput. Markt-Deput.	Hafer neu	4	12	—	—	4	4
	Erbsen	5	14	—	—	4	19
		Per 100 Kilogramms					
Bestandtheile der Stadt-Deput. Markt-Deput.	Raps	10	7	6	9	25	—
	Wintererbsen	9	17	6	9	2	6
	Sommererbsen	9	17	6	8	22	6
	Dotter	8	17	6	8	27	6
Bestandtheile der Stadt-Deput. Markt-Deput.	Schlaglein	9	—	—	—	8	15
		—	—	—	—	7	17

(Bresl. Pds.-Bl.)
Bromberg, 19. Dezember. Wetter: Schnee. Morgens 6° —, Mitt-
tags 4° —. — Weizen: 125-128 Pfd. 74-83 Thlr., 129-131 Pfd. 84
85 Thlr. pr. 1000 Kilogramms. — Roggen 20 122 Pfd. 52 63 Thlr.
pr. 1000 Kilogramms. — Erbsen nach Qual. 42 43, 44 Thlr. pr. 1000 Kilogr.
— Spiritus 17 1/2 Thlr. pr. 100 Liter a 100 pCt. (Bromb. Zig.)

Verzeichniss

der
bei dem Postamt in Posen ankommenden und abgehenden Posten.

Ankommende Posten.		Abgehende Posten.	
Pers.-Post von Wreschen: 3 U. 45 M.	Irth Pers.-Post nach Wreschen: 6 U. 45 M. früh		
Wongrowitz 4	—	Pleschen 7	—
Krotoschin 6	—	Wongrowitz 7	—
Stonszewo 8	—	Karnik 8	—
Ostrowo 8	—	Stonszewo 8	—
Kurnik 8	—	Ostrowo 8	—
Wongrowitz 8	—	Krotoschin 8	—
Pleschen 8	—	Ostrowo 9	—
Schwerin a. W. 8	—	Wongrowitz 11	—
		Wreschen 11	—